



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Die Bedeutung der Neutralitätsinitiative für die Schweiz und eine friedlichere Welt

von René Roca*

Am Donnerstag, dem 11. April 2024, hat das überparteiliche Initiativkomitee «Zur Wahrung der schweizerischen Neutralität» seine Initiative eingereicht. Über 130 000 Unterschriften zeugen von einem beachtlichen ersten Erfolg. Nun wird es in nächster Zeit möglich sein, über die Initiative, welche die Neutralität präziser in der Bundesverfassung verankern will, abzustimmen. Bereits die Unterschriftensammlung und nun das Zustandekommen der Initiative haben eine breite Debatte ausgelöst, die unabhängig vom Resultat politisch bereits einiges zu verändern vermag. Bei einer Abstimmung geht es eben nicht nur um das schlichte Ja oder Nein. Wer das betont und in Wehklagen verfällt, verkennt völlig den Wert der direkten Demokratie. Es geht schlicht darum, dass ein solches Vorhaben die zentrale Vorwirkung besitzt, die Macht etablierter politischer Zirkel wie Parteien und Verbände zu brechen. Ebenso wird der Mainstream der medialen Macht mit der Zeit in Frage gestellt. Dieser Vorgang öffnet Freiräume für kreative Denk- und konkrete Veränderungsprozesse.

Die Schweiz verspielt den Rest ihrer Glaubwürdigkeit

Auf der Gegenseite, bei den Abschaffern der Schweizer Neutralität, spricht dem Bundesrat und der Mehrheit des Parlamentes, führt das zu Nervosität und peinlichen Vorstössen. Grossspurig verkündeten Bundesrat Cassis und Bundesrätin Amherd im Januar am Wirtschaftsforum in Davos, inmitten von Wirtschaftseliten und Politprominenz, man organisiere nun eine «Friedenskonferenz» in der Schweiz. Wenig später wurde bekannt, dass die Konferenz auf dem *Bürgenstock* stattfinden soll. Dieses grösste Luxusresort der Schweiz ist seit geraumer Zeit in Besitz des Staatsfonds des Feudalstaates Katar, der nicht gerade bekannt ist für die Einhaltung der Menschenrechte. Auf dem schmalen Felsgrat hoch über dem Vierwaldstättersee werden nun wohl im Rahmen der Konferenz Luftschlösser gebaut, die auf Macht und Gewalt und nicht auf Frieden und Gerechtigkeit gründen. Als Grundlage für die Konferenz, falls sie denn überhaupt stattfindet, will sich die Schweiz nämlich auf das einseitige und von den USA verfasste 10-Punkte-Programm der Ukraine stützen. Russland ist gar nicht eingeladen und wäre sowieso nicht gekommen, andere Länder wie China und weitere nicht-westliche Staaten werden wohl auch nicht auf den Berg reisen. Ein Riesenflop also, die Schweiz macht sich so fortgesetzt unglaubwürdig, die Schweizer Diplomatie ist an einem Tiefpunkt angelangt. Wer so dilettantisch einen Stellvertreterkrieg der Nato beenden will, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, im Schlepptau der USA den humanitären Gehalt der Schweiz preiszugeben. Die Neutralitätsinitiative kommt im richtigen Moment, um ein solches Treiben zukünftig zu verhindern. Die direkte Demokratie zeigt so ihre unglaubliche Widerstandskraft, das macht eben das Spezifische der politischen Kultur der Schweiz aus.

Die lateinische Schweiz und Linke unterstützen die Initiative entscheidend

Gerade die letzten paar Monate der Unterschriftensammlung zeigten diese veritable Widerstandskraft der Schweizer Bevölkerung

* René Roca ist promovierter Historiker, Gymnasiallehrer und Leiter des *Forschungsinstituts direkte Demokratie* (www.fidd.ch). Er ist parteiloses Mitglied des Komitees «Zur Wahrung der schweizerischen Neutralität» (Neutralitätsinitiative).



Bei der Übergabe der Unterschriften für die Neutralitätsinitiative herrschten Freude und die Zuversicht, nun die nächsten Schritte zur Stärkung der Schweizer Neutralität in Angriff zu nehmen. Rechts das Emblem der Initiative, gebaut aus den Kartonschachteln der 26 Schweizer Kantone, welche die Unterschriften-Bögen enthalten. (Bilder A.H.)



auf. Mit einem eminenten Schlusspurt gelang es, gegen das Sperrfeuer der Medien und aller Parteien, das nötige Unterschriften-Quorum zu erreichen und gar weit zu übertreffen. Zwei Gründe waren dafür vor allem entscheidend:

Erstens gilt es den Patriotismus und Pazifismus der lateinischen Schweiz zu würdigen. Besonders die Kantone Tessin, Waadt und Genf steuerten anteilmässig zur Bevölkerung und im Vergleich mit anderen Kantonen ein Vielfaches an Unterschriften bei. Im Kanton Tessin waren es die bürgerliche *Lega dei Ticinesi* und sozialistische Gruppierungen links der heutigen Sozialdemokraten (SPS) und Grünen, die konzentriert und kontinuierlich sammelten. Das hat sicher auch mit der Geschichte des Kantons Tessin zu tun, der zwar lange eine sogenannte «Gemeine Herrschaft» der Alten Eidgenossenschaft war, dann aber nach der Helvetik mit wehenden Fahnen – «Liberi e svizzeri!» – unbedingt den Anschluss an die Schweiz wollte. Das hat mit der relativ milden Herrschaft der eidgenössischen Vögte, dem Vorbild der eidgenössischen Landgemeinden und mit den genossenschaftlichen Wurzeln des Südkantons zu tun. Der Kanton Waadt seinerseits weiss nur allzu gut, was es heisst, Untertanengebiet von Bern zu sein. Lieber schreiben sie heute den ehemaligen «Herren» in Bern, sprich der Regierung, mit der Initiative ins Stammbuch, dass sie gefäl-

ligst die integrale Neutralität der Schweiz wieder ernstnehmen sollen. Der Kanton Genf schliesslich als Sitz des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* (IKRK) spürt unmittelbar die Minderung des Respekts der humanitären Hilfe der Schweiz. Die Schweizer Regierung wirft im Sog des «wertebasierten Westens» ihre humanitäre Tradition willfährig über Bord. Sie will zu den «Guten» gehören und verkennt völlig die Bedeutung, als neutrales Land effektiv für den Frieden wirken zu können. Mittlerweile tritt bereits eklatant zu Tage, in welchem Ausmass die nicht mehr neutrale Schweiz den eigenen humanitären Hilfswerken, allen voran dem IKRK, den Boden entzieht. In der Ukraine und im Gaza-Streifen werden die Hilfswerke immer weniger respektiert und das Humanitäre Völkerrecht mit Füßen getreten. Der Sitz im UN-Sicherheitsrat nützt der Schweiz nichts, wenn sie dabei die Vorstösse der USA brav abnickt oder feige sich der Stimme enthält. Das alles realisiert das humanitäre Genf und weiss zudem als Grenzkanon, ebenso wie die Kantone Tessin und Waadt, was auf dem Spiel steht.

Zweitens muss auch erwähnt werden, dass schweizweit ein «Aufruf von Linken und Grünen zur Unterstützung der Neutralitätsinitiative» lanciert wurde. Dieser Aufruf verschaffte der Initiative einen ungeahnten Schub. Der Aufruf hielt besonders den etablierten Parteien

«Diese Initiative ist Gold wert»

Zur Frage, wie er zur Neutralitätsinitiative stehe, führt *Ralph Bosshard*, ehemaliger hochrangiger OSZE-Mitarbeiter und versierter Kenner der Ukraine, aus: «Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist diese Initiative Gold wert, zeigt sie doch dem Ausland auf, dass die Schweiz nicht alles mit sich machen lässt. Bundesräte wechseln das Departement und gehen wieder in den Ruhestand, aber es gibt Konstanten in der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Sie führt hoffentlich auch dazu, dass die Damen und Herren Botschafter etwas weniger im Bundeshaus West antichambrieren. Wirtschafts-sanktionen sind das Mittel des wirtschaftlich Stärkeren gegen den Schwächeren und damit letzten Endes auch ein Ausdruck des Faustrechts in den internationalen Beziehungen. Das möchten wir ja genau nicht mehr haben.» (Ralph Bosshard im Gespräch mit der *Weltwoche*, Nr. 15/24, S. 24)

der SP und der Grünen, vor allem den Damen und Herren, die ein politisches Mandat besitzen, den Spiegel vor. Sie wurden allesamt in ihrem unerklärlichen «Kriegsrausch» blossgestellt. Deren Pazifismus ist entschwinden.

Die politische Basis, die dank dem «Aufruf» breiter wurde, muss nun kontinuierlich ausgebaut werden. Da gibt es noch viel zu tun, aber so wird es möglich, die Initiative bei vielen Menschen nachhaltig zu verankern. Noch immer unterstützen rund 90% der Schweizer Bevölkerung die Neutralität. Nun wird der Mehrheit einleuchten, dass die Konkretisierung der Neutralität mittels des Initiativtextes dringend nötig ist. Immerhin geht es um einen zentralen Staatspfeiler der Schweiz und mit der Abstimmung um eine der wichtigsten Entscheidungen in der über 175-jährigen Geschichte des Bundesstaates.

Der Bundesrat, das Parlament und allen voran die Bevölkerung der Schweiz als Souverän müssen sich nun klar bekennen: entweder zu einer glaubwürdigen Neutralität, wie sie die Initiative in die Bundesverfassung schreiben will, oder zu einem Beitritt zur Nato. Ein Lavieren dazwischen darf und kann es nicht geben.

Nato-Kurs im VBS befeuerte die Unterschriftensammlung

«Die von der VBS-Vorsteherin, Bundesrätin *Viola Amherd*, mit Hochdruck vorangetriebene Nato-Annäherung weckte die Öffentlichkeit endgültig auf. Statt endlich die grobfahrlässig verursachten Mängel und Ausrüstungslücken in der militärischen Landesverteidigung anzugehen, verstieg sich die VBS-Chefin in einen neutralitätswidrigen Nato-Annäherungskurs. Die Bürgerinnen und Bürger merkten, dass die Schweiz in das militärische Kesselreiben der Nato geführt werden soll. Die Unterschriftensammlung zugunsten der Neutralitätsinitiative erfuhr einen regelrechten Schub. Für das Komitee ist klar: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen keinen schleichenden Nato-Beitritt.

Der Präsident der Initiativkomitees, alt Nationalrat *Walter Wobmann*, stellte bei der Einreichung der Unterschriften fest,

dass das erfolgreiche Zustandekommen der Neutralitätsinitiative die Diskussion über die Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik und über die falsche Nato-Annäherung erzwingt. Der Souverän erhalte nun die Möglichkeit, die Abkehr von der bewährten immerwährenden, bewaffneten Neutralität zu stoppen. [...]

Nationalrat *Pierre-André Page* hob die starken Unterschriftenzahlen in den Westschweizer Kantonen hervor. Gerade Genf zeige, dass die Bevölkerung an den traditionellen Werten wie Friedensdiplomatie und humanitäre Hilfe festhalten wolle. Genf als Sitz des IKRK und vieler Uno-Organisationen biete auf neutralem Boden eine Plattform für die humanitäre Tradition der Schweiz.»

Quelle: Pressemitteilung Pro Schweiz vom 11.4.2024

«UNRWA ist für die Palästina-Flüchtlinge in der Region ein Rettungsanker» (António Guterres)

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Der Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge UNRWA, der Schweizer *Philippe Lazzarini*, hat am 17. April 2024 vor dem Uno-Sicherheitsrat eine Rede gehalten, die keinen Mitmenschen unberührt lassen kann. Er schildert das unvorstellbare Leiden der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen unter der gnadenlosen Belagerung durch die israelische Armee. Er deckt die «heimtückische Kampagne» gegen die UNRWA auf, «die darauf abzielt, [sie] aus den Besetzten Palästinensischen Gebieten zu vertreiben». Er fordert die Uno-Mitgliedsstaaten auf, die Arbeit der UNRWA weiterhin politisch und finanziell zu unterstützen. Und er erinnert daran, dass das 1949 von den Vereinten Nationen beschlossene vorübergehende Mandat der UNRWA so lange unverzichtbar ist, bis «die internationale Gemeinschaft sich wirklich für eine politische Lösung [des Palästina-Konflikts] einsetzt».¹

Der Bundesrat und einige unserer Parlamentarier laufen zurzeit Gefahr, sich von der «heimtückischen Kampagne» gegen die UNRWA beeindrucken zu lassen. Es sei ihnen empfohlen, Philippe Lazzarinis Aufruf und den folgenden Expertenbericht mit dem nötigen Respekt zur Kenntnis zu nehmen.

Unabhängiger Expertenbericht bestätigt bestmögliche Einhaltung neutraler Grundsätze durch UNRWA

Am 22. April 2024 hat die «Unabhängige Überprüfungsgruppe für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)» ihren Abschlussbericht vorgelegt, der die Vorwürfe der israelischen Regierung, die UNRWA sei mit der Hamas eng verbunden, entkräftet hat.² Die Vorsitzende des Gremiums, die ehemalige französische Aussenministerin *Catherine Colonna*, erklärte in New York, die UNRWA verfüge über ein «besser entwickeltes System als andere UN-Organisationen [...], um die Einhaltung des humanitären Grundsatzes der Neutralität zu gewährleisten.» Sie fügte hinzu: «Ich möchte die internationale Gemeinschaft erneut nachdrücklich ermutigen, dem Hilfswerk zur Seite zu stehen, damit es seinen Auftrag erfüllen und die Herausforderungen meistern kann, wenn sie denn da sind.»³ Für die angebliche Beteiligung von UNRWA-Mitarbeitern am Hamas-Überfall vom 7. Oktober 2023 habe Israel bisher keine Beweise vorgelegt.

Erklärung des Generalkommissars der UNRWA vor dem Uno-Sicherheitsrat vom 17. April 2024 (Auszüge)

«Das Mandat der UNRWA wird von einer überwältigenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten unterstützt. Dennoch steht das Hilfswerk unter enormem Druck. Es ist mit einer Kampagne konfrontiert, die darauf abzielt, es aus den Besetzten Palästinensischen Gebieten zu vertreiben. In Gaza versucht die israelische Regierung, die Aktivitäten der UNRWA zu beenden. [...] Seit Beginn des Krieges werden Gebäude und Mitarbeiter der UNRWA angegriffen. 178 UNRWA-Mitarbeiter wurden getötet. Mehr als 160 UNRWA-Gebäude, die zu meist als Notunterkünfte genutzt werden, wurden beschädigt oder zerstört, wobei mehr als 400 Menschen ums Leben kamen. [...]

Wir fordern eine unabhängige Untersuchung und eine Rechenschaftspflicht für die eklatante Missachtung des Schutzstatus von humanitären Helfern, Operationen und Einrichtungen nach internationalem Recht. Alles andere wäre ein gefährlicher Präzedenzfall und würde die humanitäre Arbeit auf der ganzen Welt gefährden. [...]

Lassen Sie mich mit drei Appellen schliessen: Erstens fordere ich die Ratsmitglieder auf, im Einklang mit der Resolution 302 der Generalversammlung zu handeln und die entschei-

dende Rolle der UNRWA sowohl jetzt als auch im Rahmen eines Übergangs zu sichern. Die UNRWA ist seit langem ein Wächter über die Rechte der Palästina-Flüchtlinge. Sie kann ihre zentrale Rolle bei der Bereitstellung wichtiger Dienstleistungen und dem Schutz der Menschenrechte nur dann aufgeben, wenn eine politische Lösung realisiert wird. Bis dahin muss die politische Unterstützung der Mitgliedsstaaten durch finanzielle Mittel ergänzt werden.

Zweitens fordere ich Sie auf, sich für einen echten politischen Prozess einzusetzen, der zu einer Lösung führt, die Palästinensern und Israeli Frieden bringen kann. [...]

Drittens müssen wir anerkennen, dass ein politischer Prozess allein keinen nachhaltigen Frieden garantieren wird. Die tiefen Wunden in dieser Region können nicht geheilt werden, ohne Empathie zu entwickeln und die Entmenschlichung zurückzuweisen, die in der politischen Rhetorik oder beim Missbrauch neuer Technologien in der Kriegsführung um sich greift.»

Quelle: <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/independent-review-unrwa-adherence-humanitarian-principle-neutrality> (Übersetzung Zeit-Fragen)

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *António Guterres*, «akzeptiert die in Frau *Colonna*s Bericht enthaltenen Empfehlungen [...]. Für die Zukunft appelliert der Generalsekretär an alle Beteiligten, die UNRWA aktiv zu unterstützen, da sie für die Palästina-Flüchtlinge in der Region ein Rettungsanker ist.»⁴

Bundesrat verschiebt Entscheid über Schweizer Beiträge an UNRWA

Der Bundesrat hatte nach den genannten Vorwürfen gegen die UNRWA die für 2024 vorgesehenen Beiträge der Schweiz noch nicht überwiesen. Am 24. April 2024 teilte er nun mit: «Über die Auszahlung an die UNRWA wird der Bundesrat zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Er hat davon Kenntnis genommen, dass am 22. April der Bericht zur externen Überprüfung der UNRWA unter der Leitung der ehemaligen französischen Aussenministerin *Catherine Colonna* publiziert wurde. Der Bundesrat wird diesen nun im Detail studieren. Einen Entscheid zur UNRWA wird er anschliessend auf der Grundlage einer Gesamtbeurteilung

fällen.»⁵ Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat damit nicht allzu lange wartet – die notleidenden Menschen brauchen unsere Hilfe jetzt!

Versagen der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat

Der langjährige Schweizer Diplomat *Paul Widmer* warnte schon vor langem vor einem Beitritt der Schweiz zum Uno-Sicherheitsrat: «Der Sicherheitsrat aber ist ein Führungsorgan. Wenn er seine Aufgabe ernst nimmt, muss er in Konflikten Partei ergreifen. Das aber ist das Gegenteil von dem, was einem neutralen Staat auferlegt ist. Dieser muss sich aus militärischen Konflikten heraushalten. Er bezieht für keine Partei Stellung. Deshalb gehört die Schweiz nicht in den Sicherheitsrat.»⁶

Diese Weitsicht eines neutral gesinnten Schweizer bestätigte sich vor kurzem. Am 18. April 2024 stimmten 12 von 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates dem Antrag Palästinas auf eine Uno-Vollmitgliedschaft zu. Die Schweiz war nicht dabei. Vielmehr enthielt sie sich, neben Grossbritannien, der Stimme. Damit unterstützte

sie implizit das Veto der USA, die den Antrag zu Fall brachte und so verhinderte, dass die Uno-Generalversammlung über die Aufnahme Palästinas entscheiden kann. In letzterem, demokratisch organisierten Gremium (jedes Land hat eine Stimme) wäre dem gepeinigten und in seinem Lebensrecht missachteten Volk eine überwältigende Zustimmung sicher gewesen. Denn laut der *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* (lpb) erkennen heute 138 der 193 Uno-Mitgliedsstaaten den Staat Palästina an. «Deutschland und weitere EU-Staaten allerdings nicht» so lpb. «Sie pflegen jedoch diplomatische Beziehungen zu Palästinenser-Vertretern.»⁷ Auch hier hält sich die Schweiz an die EU/US-Vorgaben – würde es ihr nicht besser stehen, sich zur Mehrheit der Völker zu gesellen?

Hanebüchene «Begründung» für die Stimmenthaltung des Bundesrates

«Die Schweiz ist der Ansicht, dass es besser wäre, die Aufnahme Palästinas als Uno-Vollmitglied zu einem Zeitpunkt zu vollziehen, an dem ein solcher Schritt in die Logik eines sich abzeichnenden Friedens passen wird.»⁸ Die Pflicht und Schuldigkeit der Schweiz als Hüterin der *Genfer Konventionen* und einstmals neutrale Vermittlerin wäre es allerdings, nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag auf einen «sich abzeichnenden Frieden» zu warten, sondern sofort etwas dafür zu tun.

¹ Erklärung des Generalkommissars der UNRWA vor dem Uno-Sicherheitsrat in New York vom 17.4.2024. <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/independent-review-unrwa-adherence-humanitarian-principle-neutrality>

² <https://www.unrwa.org/resources/reports/independent-review-mechanisms-and-procedures-ensure-adherence-unrwa-humanitarian#block-menu-block-10>

³ <https://media.un.org/unifeed/en/asset/d319/d3199621>

⁴ <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/statement-attributable-spokesperson-secretary-general>

⁵ Medienmitteilung des Bundesrates vom 24.4.2024

⁶ Widmer, Paul. «Die Schweiz gehört nicht in den Uno-Sicherheitsrat». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 1.7.2015

⁷ <https://www.lpb-bw.de/geschichte-palaestinas#c22309>

⁸ Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. «Antrag auf Vollmitgliedschaft Palästinas in den Vereinten Nationen». *Medienmitteilung* vom 18.4.2024

Nach 75 Jahren: Deutschlands Politik hat sich weit vom Grundgesetz entfernt

von Karl-Jürgen Müller

Im Mai diesen Jahres werden das deutsche Grundgesetz und die Bundesrepublik Deutschland 75 Jahre alt. Der Wortlaut des Grundgesetzes könnte mit seinen Kernpunkten so etwas wie «Verfassungspatriotismus»¹ (*Dolf Sternberger*) begründen. Zu diesen Kernpunkten gehören die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die für unantastbar erklärte Menschenwürde nicht nur zu achten, sondern sie auch zu schützen (Artikel 1); das Bekenntnis zu den als Grundrechte formulierten «unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten» und zur Uneinschränkbarkeit dieser Grundrechte in ihrem Wesensgehalt (Artikel 2 – Artikel 19); das Bekenntnis zur Demokratie, zum Bundesstaat, zum Rechtsstaat, zum Sozialstaat und zur Gewaltenteilung (Artikel 20).

Zentral ist auch das Friedensgebot. Dieses Gebot ist die Konsequenz aus erlittener Diktatur und mörderischem Zweiten Weltkrieg. Abkehr von Friedenspolitik bedeutet in der Regel auch Entrechtung der Bürger des eigenen Landes. Vom Verfassungsgebot der Verpflichtung zum Frieden zeugen unter anderem die heutige Präambel des Grundgesetzes («dem Frieden der Welt zu dienen»), die Verpflichtung aller Bewohner des Landes auf die «allgemeinen Regeln des Völkerrechts» (Artikel 25) und Artikel 26, Absatz 1 mit seiner Formulierung: «Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffs-

krieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.»

Buchstabe der Verfassung allein ist keine Garantie

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten aber auch, dass der Buchstabe der Verfassung allein keine Garantie für eine demgemässe Verfassungswirklichkeit bietet. Das hatte die Erfahrung mit der deutschen Geschichte seit 1930 gezeigt – Jahre, in denen die demokratische, rechtsstaatliche und freiheitliche Substanz der Weimarer Reichsverfassung von der Politik immer mehr ausgehöhlt und nach dem 30. Januar 1933 dann mit schnellen Schritten vollkommen zerstört worden war.

Die Verfassungsgeber suchten nach Hilfsmitteln. Eines war das Konzept der «wehrhaften Demokratie», zum Beispiel in Form der Möglichkeit, politische Parteien durch das Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen, wenn sie «nach ihren Zielen oder nach ihrem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden» (Artikel 21, Absatz 2). Ein anderes war die sogenannte Ewigkeitsklausel des Artikel 79, Absatz 3: die Unveränderbarkeit der Grundsätze aus den Artikeln 1 und 20.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit den von der damaligen Regierung geplanten Notstandsgesetzen wurde in den sechziger Jahren erneut heftig darüber diskutiert, inwieweit die

Gefährdung der Verfassungsordnung auch vom Staat und seinen Amtsträgern selbst ausgehen kann. Die Konsequenz war, dass das Grundgesetz 1968 um das Widerstandsrecht in Absatz 4 des Artikels 20 ergänzt wurde: «Gegen jeden, der es unternimmt, diese [Verfassungs-]Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.»

Die Bedeutung von Ethik und Moral

Oft wird indes übersehen, was der frühere Richter am deutschen Bundesverfassungsgericht und Staatsrechtslehrer *Ernst-Wolfgang Böckenförde* 1964 das erste Mal formuliert hatte: «Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.» Böckenförde meinte damit, dass der moderne, säkulare Verfassungsstaat die unabdingbare Voraussetzung seines Aufbaus und Bestandes, nämlich eine entsprechende grundlegende ethische, moralische Haltung seiner Bürger – auch seiner Politiker –, nicht selbst erzeugen und schon gar nicht erzwingen kann, sondern eben voraussetzt – und anderen Institutionen überlassen muss. Hier sind vor allem die Familien, sind Erziehung und Bildung, sind die Schulen, ist kulturelle Substanz und Tradierung dieser Substanz gefragt.

Wo steht Deutschland heute?

In den vergangenen Jahren hat sich Deutschlands reale Politik weit von der im Grundge-

setz formulierten Verfassungsordnung entfernt – und auch sehr aktiv davon, dass andere Institutionen die notwendigen ethischen, moralischen Voraussetzungen für diese Verfassungsordnung sichern bzw. immer wieder neu schaffen können. Die Liste der Belege dafür ist sehr lang geworden und wird fast täglich länger. Die deutsche Politik und die von ihr missbrauchten Staatsorgane haben Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung schwerwiegend ausgehöhlt, Grundrechte über den Verfassungstext hinausgehend eingeschränkt, die Menschenwürde nur noch bedingt geachtet und geschützt. Die Familie als «die natürliche Kernzelle der Gesellschaft» (Artikel 23 des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte*) wurde zahlreichen Infragestellungen ausgesetzt, und Erziehung und Bildung sowie die Tradierung kultureller Substanz liegen sehr im argen.²

Und das Amt, das vom Namen her für den Schutz der Verfassung zuständig wäre, nämlich das deutsche *Bundesamt für Verfassungsschutz* (und auch seine Landesämter), ist seit ein paar Jahren kräftig bemüht, begründete Kritik an dieser Entwicklung auch noch an den Pranger zu stellen. Seit zwei Jahren mit der gezielten Konstruktion eines Begriffes ohne Verfassungsgrundlage: der sogenannten «verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates». Der deutsche Staatsrechtslehrer *Rupert Scholz* spricht von einem «Anti-

Fortsetzung auf Seite 3

«Wieviel palästinensisches Blut muss noch fließen...?»

von Yanis Varoufakis



Yanis Varoufakis
(Bild Wikipedia)

zf. Die folgende Rede wollte Yanis Varoufakis im Verlauf einer für drei Tage geplanten und von verschiedenen deutschen und internationalen, darunter auch jüdischen Vereinigungen organisierten «Palästina-Konferenz» in Berlin halten. Yanis Varoufakis war griechischer Finanzminister während der manifesten Euro-Krise des Landes im Jahr 2015 und ist heute Generalsekretär der von ihm mitgegründeten gesamteuropäischen Bewegung Democracy in Europe Movement 2025 (Diem25), einer paneuropäischen politischen Partei, die Mitveranstalter der Berliner Konferenz war. Varoufakis konnte die Rede nicht halten, weil er von deutschen Behörden mit einem die Konferenztage umfassenden, zeitlich befristeten Einreiseverbot (vom 10. bis zum 14. April) belegt worden war. Zudem wurde der Kongress selbst schon nach wenigen Stunden von mehreren Hundertschaften der deutschen Polizei abgebrochen und geräumt – mit der Begründung, in der Konferenz werde die Videobotschaft des britisch-palästinensischen Arztes Ghassan Abu Sittah gezeigt; denn auch dieser eingeladene Gast war mit einem Einreise- und Redeverbot belegt worden, wegen einer angeblich geplanten «antisemitischen Hassrede» (siehe Kasten auf Seite 4). Wir dokumentieren den bei Diem25 veröffentlichten Redetext von Yanis Varoufakis in deutscher Übersetzung, die ebenfalls Diem25 besorgte. Damit sich unsere Leser selbst ein Bild machen können.

Freunde

Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank, dass ihr hier seid, trotz der Drohungen, trotz der gepanzerten Polizei vor dem Veranstaltungsort, trotz des Aufgebots der deutschen Presse, trotz des deutschen Staates, trotz des deutschen politischen Systems, das euch verteufelt, weil ihr hier seid.

«Warum ein palästinensischer Kongress, Herr Varoufakis?», fragte mich kürzlich ein deutscher Journalist. Weil, wie Hanan Ashrawi einmal sagte: «Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die zum Schweigen gebrachten Menschen uns von ihrem Leid berichten.» Heute ist Ashrawis Begründung deprimierenderweise noch stärker geworden: Weil wir uns nicht darauf verlassen können, dass die zum Schweigen gebrachten, die ebenfalls massakriert werden und hungern, uns von den Massakern und dem Hungertod berichten.

Aber es gibt noch einen anderen Grund: weil anständige Menschen, die Deutschen, dazu ge-

bracht werden, einen gefährlichen Weg Richtung herzloser Gesellschaft zu beschreiten, indem ein weiterer Völkermord im Namen dieses Landes und in seiner Mitschuld verübt wird.

Ich bin weder Jude noch Palästinenser. Aber ich bin unglaublich stolz, hier unter Juden und Palästinensern zu sein – meine Stimme für Frieden und universelle Menschenrechte mit den jüdischen Stimmen für Frieden und universelle Menschenrechte zu vereinen – zusammen mit den palästinensischen Stimmen für Frieden und universelle Menschenrechte. Dass wir heute hier zusammen sind, ist der Beweis dafür, dass Koexistenz nicht nur möglich ist, sondern dass sie bereits stattfindet. Schon jetzt.

«Warum kein jüdischer Kongress, Herr Varoufakis?», fragte mich derselbe deutsche Journalist, der sich wohl einbildete, schlau zu sein. Mir machte seine Frage nichts aus.

Denn wenn auch nur eine einzige Jüdin oder ein einziger Jude bedroht wird, nur weil sie oder er Jude ist, werde ich den Davidstern an meinem Revers tragen und meine Solidarität anbieten – koste es, was es wolle.

Um es noch deutlicher zu sagen: Wenn Juden irgendwo auf der Welt angegriffen werden, wäre ich der erste, der sich für einen jüdischen Kongress einsetzen würde, um unsere Solidarität zu bekunden.

Ebenso: Wenn Palästinenserinnen und Palästinenser massakriert werden, weil sie Palästinenserinnen und Palästinenser sind – nach dem Dogma, dass sie Hamas gewesen sein müssen, wenn sie jetzt tot sind – werde ich meine Keffiyeh tragen und meine Solidarität bekunden, koste es, was es wolle.

Die universellen Menschenrechte sind entweder universell oder sie bedeuten nichts.

In diesem Sinne habe ich die Frage des deutschen Journalisten mit ein paar eigenen Fragen beantwortet:

- Werden zwei Millionen israelische Juden, die vor 80 Jahren aus ihren Häusern in ein Freiluftgefängnis geworfen wurden, immer noch in diesem Freiluftgefängnis gehalten, ohne Zugang zur Aussenwelt, mit minimaler Nahrung und Wasser, ohne Chance auf ein normales Leben, ohne Möglichkeit, irgendwohin zu reisen, und seit 80 Jahren regelmässig bombardiert? Nein.
- Werden israelische Juden absichtlich von einer Besatzungsarmee ausgehungert, während sich ihre Kinder auf dem Boden winden und vor Hunger schreien? Nein.
- Gibt es Tausende von jüdischen verletzten Kindern ohne überlebende Eltern, die durch die Trümmer ihrer ehemaligen Häuser kriechen? Nein.
- Werden israelische Juden heute von den modernsten Flugzeugen und Bomben der Welt bombardiert? Nein.
- Erleben die israelischen Juden einen totalen Ökozid an dem bisschen Land, das sie noch ihr Eigen nennen können, keinen einzigen Baum mehr, unter dem sie Schatten suchen oder dessen Früchte sie kosten können? Nein.

– Werden heute israelische jüdische Kinder auf Befehl eines UN-Mitgliedsstaates von Scharfschützen getötet? Nein.

– Werden israelische Juden heute von bewaffneten Banden aus ihren Häusern vertrieben? Nein.

– Kämpft Israel heute um seine Existenz? Nein.

Wenn die Antwort auf eine dieser Fragen «Ja» wäre, würde ich heute an einem jüdischen Solidaritätskongress teilnehmen.

Freunde

Heute hätten wir gerne mit Menschen, die anders denken als wir, eine anständige, demokratische und von gegenseitigem Respekt geprägte Debatte darüber geführt, wie wir Frieden und universelle Menschenrechte für alle Menschen, Juden und Palästinenser, Beduinen und Christen, vom Jordan bis zum Mittelmeer erreichen können. Leider hat das gesamte deutsche politische System beschlossen, dies nicht zuzulassen. In einer gemeinsamen Erklärung haben sich nicht nur die CDU/CSU oder die FDP, sondern auch die SPD, die Grünen und bemerkenswerterweise zwei Vorsitzende der Partei Die Linke zusammengetan, um sicherzustellen, dass eine solche zivilisierte Debatte, in der man durchaus unterschiedlicher Meinung sein kann, in Deutschland niemals stattfinden wird.

Ich sage ihnen: Ihr wollt uns zum Schweigen bringen. Uns verbieten. Uns dämonisieren. Uns anklagen. Deshalb lasst ihr uns keine andere Wahl, als euren Anschuldigungen mit unseren Anschuldigungen zu begegnen. Ihr habt euch das ausgesucht. Nicht wir.

Ihr beschuldigt uns des antisemitischen Hasses.

Wir werfen euch vor, die besten Freunde der Antisemiten zu sein, indem ihr das Recht Israels, Kriegsverbrechen zu begehen, mit dem Verteidigungsrecht der israelischen Juden gleichsetzt.

Ihr beschuldigt uns, den Terrorismus zu unterstützen.

Wir werfen euch vor, legitimen Widerstand gegen einen Apartheidstaat mit Greueln gegen Zivilisten gleichzusetzen. Greueln, die ich immer verurteilt habe und verurteilen werde, egal wer sie begeht – Palästinenser, jüdische Siedler, meine eigene Familie, wer auch immer.

Wir werfen euch vor, dass ihr die Pflicht der Menschen in Gaza nicht anerkennt, die Mauer des offenen Gefängnisses einzureissen, in dem sie seit 80 Jahren eingeschlossen sind, und dass ihr diesen Akt des Einreissens der Schandmauer – die genauso wenig zu verteidigen ist wie die Berliner Mauer – mit Terrorakten gleichsetzt.

Ihr werft uns vor, den Terror der Hamas am 7. Oktober zu bagatellisieren.

Wir werfen euch vor, die 80 Jahre andauernde ethnische Säuberung Palästinas durch Israel und die Errichtung eines gepanzerten Apartheidssystems in Israel-Palästina zu verharmlosen.

Wir werfen euch vor zu verharmlosen, dass Netanjahu über Jahre die Hamas unterstützte, um die Zwei-Staaten-Lösung, die ihr angeblich befürwortet, zu zerstören.

Wir werfen euch vor, den beispiellosen Terror der israelischen Armee gegen die Menschen in Gaza, im Westjordanland und im Osten Jerusalems zu verharmlosen.

Ihr werft uns, den Organisatoren des heutigen Kongresses, vor, dass wir, ich zitiere, «nicht daran interessiert sind, vor dem Hintergrund des Krieges in Gaza über Möglichkeiten des friedlichen Zusammenlebens im Nahen Osten zu sprechen». Ist das euer Ernst? Habt ihr den Verstand verloren?

Wir beschuldigen euch, einen deutschen Staat zu unterstützen, der nach den USA der grösste Waffenlieferant der Netanjahu-Regierung ist, die damit Palästinenserinnen und Palästinenser massakrieren will, um eine Zwei-Staaten-Lösung und ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Palästinensern unmöglich zu machen.

Wir werfen euch vor, dass ihr nie die Frage beantwortet, die jeder Deutsche beantworten muss: Wieviel palästinensisches Blut muss noch fließen, bevor euer – berechtigtes – Schuldgefühl für den Holocaust weggewaschen ist?

Um es klar zu sagen: Wir sind hier in Berlin mit unserem palästinensischen Kongress, weil wir, im Gegensatz zum deutschen politischen System und den deutschen Medien, Völkermord und Kriegsverbrechen verurteilen, unabhängig davon, wer sie verübt. Weil wir die Apartheid im Land Israel-Palästina ablehnen, egal wer die Oberhand hat – genauso wie wir die Apartheid in den amerikanischen Südstaaten oder in Südafrika abgelehnt haben. Weil wir für universelle Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit unter Juden, Palästinensern, Beduinen und Christen im alten Land Palästina eintreten.

Und damit wir uns noch klarer über die berechtigten und böartigen Fragen sind, die wir immer bereit sein müssen zu beantworten: Verurteile ich die Greueln der Hamas?

Ich verurteile jede einzelne Greueltat, unabhängig davon, wer der Täter oder das Opfer ist. Was ich nicht verurteile, ist bewaffneter Widerstand gegen ein Apartheidssystem, das als Teil eines langsam brennenden, aber unaufhaltsamen Programms der ethnischen Säuberung konzipiert wurde. Anders ausgedrückt: Ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten, während ich gleichzeitig jeden feiere, der sein Leben riskiert, um die Mauer einzureissen.

Befindet sich Israel nicht in einem Krieg um seine Existenz?

Nein, tut es nicht. Israel ist ein nuklear bewaffneter Staat mit der vielleicht fortschrittlichsten Armee der Welt und dem ganzen Arsenal der US-Militärmaschine im Rücken. Es gibt keine Symmetrie mit der Hamas, einer Gruppe, die Israeli ernsthaften Schaden zufügen kann, die aber in keiner Weise in der Lage ist, Israels

Fortsetzung auf Seite 4

«Nach 75 Jahren...»

Fortsetzung von Seite 2

Meinungs-Terror», von einem Verfassungsschutzpräsidenten, der die Verfassung verletzt, von einer deutschen «Politik, die fast nur noch nach ideologischen Massstäben gemacht wird, nicht mehr nach Grundwerten».³

Was tun?

Viele Bürger in Deutschland widersprechen öffentlich, leisten einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen offen Opposition. Zu beobachten ist aber auch: Die freiheitsfeindlichen Tendenzen nehmen zu. Mangelnder Friedenswille und Entrechtung der Bürger gehen einher mit öffentlichen Diffamierungskampagnen; mit einem von faktisch gleichgeschalteten Mainstream-Medien erzeugten und mit Lügen gespickten Feindbild; mit aggressiv-autoritärer Verächtlichmachung; mit dem Missbrauch der Sprache («Selbstbestimmungsgesetz», «Demokratiefördergesetz» usw.); mit sozialer Ausgrenzung; und auch mit staatlichen Zwangsmassnahmen. Was vor allem gestört und verhindert werden soll: eigenständiges Denken, das freie Wort, echtes Mitgefühl und wirkliche Gemeinschaftsbildung.

Hochachtung vor denjenigen, die sich davon nicht einschüchtern lassen. Und dass sich entschlossener Widerspruch auch lohnen kann, zeigt das erzielte aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Meinungsäusserungsfreiheit. Aber niemand kann jetzt schon sagen, wie weit Politik und Staat zu gehen bereit sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass mit der Zunahme der «Delegitimierung des Staates» die Daumenschrauben fester angezogen werden und dass das Propagandakarusell beschleunigt wird, ist sehr gross. Alles wird getan, um die deutsche Gesellschaft auch innerhalb der Bürgerschaft tiefer zu spalten – so dass die einen auf die anderen gehetzt werden können.

Langfristig aufbauend wirken

Nach dem 30. Januar 1933 haben viele Deutsche das Land verlassen – verlassen müssen, weil sie an Leib und Leben gefährdet waren. Oder sie haben den Weg der inneren Emigration gewählt. So weit sind wir im heutigen Deutschland nicht. Trotzdem kann man sich als Deutscher im Ausland fast schon fühlen wie im Exil.

Die deutschen Exilanten nach dem 30. Januar 1933 haben mit ihrem Exil ganz verschiedene Wege eingeschlagen. Einige sind ver-

zweifelt, haben sich in einem anderen Land nicht neu beheimaten, haben die deutsche Tragödie nicht ertragen können. Manche haben sich sogar das Leben genommen. Andere haben aus dem Exil heraus öffentlich Position bezogen. Berühmt geworden sind die Radiosendungen von Thomas Mann, «Deutsche Hörer!», die die britische BBC in den Jahren 1940–1945 ausstrahlte und die – trotz sehr hohen Risikos – von vielen Deutschen gehört wurden und die mit dazu beitrugen, einen geistigen Boden für die Zeit danach zu legen. Wieder andere arbeiteten intensiv an konkreten Konzepten für die politische, wirtschaftliche und soziale Zukunft Deutschlands nach dem Ende von Diktatur und Krieg. Einer von ihnen war der zuerst in die Türkei und dann in die Schweiz geflohene deutsche Ökonom und Sozialphilosoph Wilhelm Röpke mit seinen grundlegenden Arbeiten zur sozialen Marktwirtschaft.

Nach dem Krieg haben vor allem diejenigen Exilanten und inneren Emigranten aufbauend wirken können, die unterscheiden konnten zwischen dem Volk und der Politik der Mächtigen, die jegliche Kollektivschuld verneinten und die den Deutschen ohne Überheblichkeit begegneten.

Wie auch immer man seinen eigenen Status sehen mag und wo auch immer man sein Leben gestaltet: Nicht hadern und nicht zweifeln, sondern an der Zukunft des Landes arbeiten, ist wohl der beste Weg, Deutschland zu unterstützen. Rupert Scholz sagt am Ende des Interviews in der Weltwoche: «Ja. Ich bin letztlich ein Optimist, was Deutschland angeht.» Wichtig aber auch sein letzter Satz: «Es wird Zeit, es wird viel Zeit brauchen.»

¹ vgl. Zeit-Fragen, Nr. 18 vom 22.8.2023

² Solche Beobachtungen machen auch Persönlichkeiten, die sonst zum Mainstream gehören bzw. noch im Mainstream publizieren können. Zwei aktuelle Beispiele dafür sind ein Interview mit Birgit Kelle über die deutschen Pläne zur Legalisierung der Leihmutterchaft und das gesellschaftspolitische Umfeld dieser Pläne (<https://www.nzz.ch/feuilleton/leihmutterchaft-wird-angesichts-von-paris-hilton-oder-kim-kardashian-glamoures-vermittelt-ld.1824887> vom 11.4.2024) sowie ein Interview mit dem Staatsrechtslehrer und ehemaligen deutschen Verteidigungsminister Rupert Scholz in der Weltwoche vom 18.4.2024 (<https://weltwoche.ch/story/brandmauern-haben-in-einer-demokratie-nichts-zu-suchen/>)

³ ebenda

⁴ ebenda

Warum Russland bis zum Äussersten gehen wird

Reportage aus dem Donbass (Teil 1)

von Guy Mettan, freier Journalist*



Guy Mettan
(Bild zvg)

Wie konnten sie uns das antun? Warum will Kiew uns zerstören? Das sind die Fragen, die sich die Bewohner des Donbass seit zehn Jahren stellen. Aus der Schweiz oder aus Frankreich betrachtet, mögen sie unpassend erscheinen, so sehr sind wir an die

Vorstellung gewöhnt, dass nur die Ukrainer unter dem Krieg leiden würden. Wir wollen nicht wissen, dass der Kampf seit zehn Jahren andauert und in erster Linie die Zivilbevölkerung im Donbass betroffen hat.

Eine Woche lang konnte ich die beiden Provinzen in alle Richtungen bereisen, zerstörte und im Wiederaufbau befindliche Städte besuchen, Flüchtlinge treffen und mit den Menschen sprechen. Ich zweifle nicht daran, dass dieser Bericht bei vielen Menschen Anstoss erregen wird, die daran gewöhnt sind, die Welt in Schwarz-Weiss zu sehen. Denen werde

* Guy Mettan ist Journalist und Abgeordneter im Grossen Rat des Kantons Genf, den er 2010 präsidierte. Er arbeitete für das «Journal de Genève», «Le Temps stratégique», «Bilan», «Le Nouveau Quotidien» und später als Direktor und Chefredaktor der «Tribune de Genève». 1996 gründete er den Swiss Presseclub, dessen Präsident und späterer Direktor er von 1998 bis 2019 war.

ich antworten, was John Steinbeck und Robert Capa ihren Kritikern entgegenhielten, als sie 1947, zu Beginn des Kalten Krieges, Stalins Russland besuchten: Ich begnüge mich damit, Zeugnis abzulegen, zu berichten, was ich auf der anderen Seite der Front gesehen und gehört habe. Jeder soll sich dann seine eigene Meinung bilden. Meine ist, dass Russland und die Menschen im Donbass ihren Kampf niemals beenden werden, bevor sie ihn nicht gewonnen haben.

Eine überraschende Gelegenheit

Alles begann auf sehr russische Weise, durch eine unwahrscheinliche Verkettung von Umständen. Vor neun Jahren hatte ich in Duschanbe einen tadschikischen Unternehmer aus Moskau getroffen, der seine Tochter verheiratete. Er sprach kein Wort Englisch und hatte, ohne auf mein miserables Russisch Rücksicht zu nehmen, unsere gesamte Delegation zur Hochzeit eingeladen. Ich hielt eine kleine Ansprache zu Ehren der Braut und ihrer Eltern. Seitdem ist Umar Ikromowitsch ein Freund fürs Leben geworden, weder die Entfernung noch die sprachliche Kluft können uns trennen. Ein- oder zweimal im Jahr, an wichtigen Feiertagen, schickt er mir Telegramm-Nachrichten. Im Februar überraschte er mich mit dem Vorschlag, mich ihm anzuschliessen und seine Arbeit im Donbass zu besuchen, wo er noch nie zuvor gewesen war. Umar beschäftigt nämlich einige hundert Arbeiter in der Region Moskau und einige Dutzend beim Wiederaufbau des Donbass.

Am 3. April um drei Uhr morgens erwartete er mich mit Nikita, einem Freund von ihm aus dem Verteidigungsministerium, am Ausgang des Moskauer Flughafens Wnukowo, um mich in den Donbass mitzunehmen. Nikita hatte das Programm vorbereitet und die erforderlichen Genehmigungen sowie einen erfahrenen Fahrer, Volodja, bereitgestellt. Zehn Stunden am Stück, mit einer kurzen Kaffeepause an einer neu eröffneten Tankstelle, rasten wir die 1060 Kilometer lange «Prigoschin»-Autobahn von Moskau nach Rostow am Don hinunter, genau die Autobahn, die der verstorbene Wagner-Chef im Juli letzten Jahres mit seinen Panzern hatte hochfahren wollen.

Nichts ist einfacher als eine russische Autobahn. Sie verläuft immer geradeaus, bis Rostow gibt es keine einzige Kurve. Und da diese, abgesehen von fünfzig Kilometern Baustelle kurz vor Rostow, tadellos ist, verlief die Fahrt schnell und schmerzlos, so dass wir in wenigen Stunden vom letzten Schnee in Moskau zum milden Frühling am Asowschen Meer gelangen konnten. Unterwegs Flotten von Lastwagen, einige Militärkonvois, aber letztendlich recht wenig Verkehr.

Rostow – spektakuläre Investitionen in die Trinkwasserversorgung für Donezk ...

In Rostow – geschäftiger Hafen und staugeplagte Hauptstadt des russischen Südens – konnten wir kaum unser Gepäck abstellen und drei Schritte gehen, als wir schon zu unserer ersten Besichtigung aufbrachen: ein riesiges Pumpspeicherwerk für das Wasser

des Don, das sich an der Mündung des Flusses, etwa 20 Kilometer von der Stadt entfernt, befindet. Arbeiter sind noch damit beschäftigt, die Aussenanlagen fertigzustellen. Zwei gigantische Rohre, Dutzende von 20000 m³ grossen Tanks und acht Pumpstationen mit jeweils elf Turbinen leiten nun Süsswasser von Rostow in das 200 km entfernte Donezk, das auf Grund des ukrainischen Embargos kein Trinkwasser mehr hat. Alles ist automatisiert. Die 3700 Arbeiter begannen und beendeten die riesige Baustelle sowie den Bau der Hochspannungsleitung zur Stromversorgung der Turbinen innerhalb von sechs Monaten zwischen November 2022, unmittelbar nach der Wiedereingliederung der Republiken in das Mutterland, und April 2023.

... und Ausdruck russischer Entschlossenheit

Erste Schlussfolgerung: Nach solch schnellen und kolossalen Investitionen scheint mir der russische Wille unerschütterlich, und es scheint mir ausgeschlossen, dass Russland jemals wieder zustimmen wird, sich vom Donbass zu trennen. Dieses Gebiet ist jetzt russisch, Punkt.

Bei Einbruch der Dunkelheit sitzen wir schliesslich am Tisch einer offensichtlich sehr beliebten Brasserie in Rostow mit Blick auf den friedlichen Don. Die Nacht wird ruhig und der Schlaf bleiern. Die nächste Nacht wird mit 40 ukrainischen Raketen, die auf den nahe

Fortsetzung auf Seite 5

«Wieviel palästinensisches Blut...»

Fortsetzung von Seite 3

Militär zu besiegen oder Israel daran zu hindern, den langsamen Völkermord an den Palästinensern im Rahmen des Apartheidsystems, das mit langjähriger Unterstützung der USA und der EU errichtet wurde, fortzusetzen. Haben die Israeli nicht zu Recht Angst, dass die Hamas sie ausrotten will?

Natürlich haben sie das! Juden haben einen Holocaust erlitten, dem Pogrome und ein tief verwurzelter Antisemitismus vorausgingen, der Europa und Amerika seit Jahrhunderten durchdringt. Es ist nur natürlich, dass Israeli in Angst vor einem neuen Pogrom leben,

wenn die israelische Armee einknickt. Indem der israelische Staat seinen Nachbarn die Apartheid aufzwingt und sie wie Untermenschen behandelt, schürt er das Feuer des Antisemitismus, stärkt Fanatiker unter den Palästinensern und Israeli, die sich nur gegenseitig vernichten wollen, und trägt letztlich zu der schrecklichen Unsicherheit bei, die Juden in Israel und der Diaspora verzehrt. Die Apartheid gegen die Palästinenser ist eine äusserst schlechte Idee, wenn es um die Selbstverteidigung Israels geht.

Was ist mit Antisemitismus?

Der Antisemitismus ist immer eine klare und gegenwärtige Gefahr. Und er muss ausgerottet werden, vor allem in den Reihen der Globalen

Linken und der Palästinenserinnen und Palästinenser, die für palästinensische Bürgerrechte kämpfen – überall auf der Welt.

Warum verfolgen die Palästinenser ihre Ziele nicht mit friedlichen Mitteln?

Das taten sie. Die PLO erkannte Israel an und verzichtete auf den bewaffneten Kampf. Und was haben sie dafür bekommen? Absolute Erniedrigung und systematische ethnische Säuberung. Das hat die Hamas hervorgebracht und sie in den Augen vieler Palästinenserinnen und Palästinenser als einzige Alternative zu einem langsamen Völkermord unter Israels Apartheid erscheinen lassen.

Was sollte jetzt getan werden? Was könnte Frieden in Israel-Palästina bringen?

- Ein sofortiger Waffenstillstand.
- Die Freilassung aller Geiseln: die der Hamas und die Tausende, die von Israel festgehalten werden.
- Ein Friedensprozess unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, der durch die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird, die Apartheid zu beenden und gleiche Bürgerrechte für alle zu gewährleisten.
- Bei der Frage, was an die Stelle der Apartheid treten soll, müssen Israeli und Palästinenser zwischen der Zwei-Staaten-Lösung und der Lösung eines einzigen föderalen, säkularen Staates entscheiden.

Freunde

Wir sind hier, weil es faul ist, Rache zu nehmen statt zu trauern.

Wir sind hier, um nicht für Rache, sondern für Frieden und Koexistenz in Israel und Palästina zu werben.

Wir sind hier, um den deutschen Demokratinnen und Demokraten, einschliesslich unserer ehemaligen Genossinnen und Genossen von der Linken, zu sagen, dass sie sich lange genug mit Schande bedeckt haben – dass Unrecht plus Unrecht kein Recht ergeben – und dass es nicht zur deutschen Vergangenheitsbewältigung beiträgt, wenn wir zulassen, dass Israel mit Kriegsverbrechen davonkommt.

Über den heutigen Kongress hinaus haben wir in Deutschland die Pflicht, den Diskurs zu verändern. Wir haben die Pflicht, die grosse Mehrheit der anständigen Deutschen davon zu überzeugen, dass die universellen Menschenrechte das Wichtigste sind. Dass «Nie wieder» wirklich «Nie wieder» bedeutet. Für jeden, egal ob Jude, Palästinenser, Ukrainer, Russe, Jemenit, Sudanese, Ruander – für alle, überall.

In diesem Zusammenhang freue ich mich, ankündigen zu können, dass die deutsche politische Partei MERA25 von DiEM25 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Juni auf dem Stimmzettel stehen wird – um die Stimme der deutschen Humanisten zu bekommen, die sich nach jemandem im Europäischen Parlament sehnen, der/die Deutschland vertritt und die Komplizenschaft der EU beim Völkermord anprangert – eine Komplizenschaft, die Europas grösstes Geschenk an die Antisemiten in Europa und darüber hinaus ist.

Ich grüsse euch alle und schlage vor, dass wir nie vergessen, dass niemand von uns frei ist, solange auch nur eine(r) von uns in Ketten liegt.

Quelle: <https://diem25.org/palaestina-kongress-rede-von-yanis-varoufakis-von-der-deutschen-polizei-verboden/> vom 13.4.2024

«Die Alternative ist, unsere Menschlichkeit zu üben»

Dr. Ghassan Abu Sittah* nach seiner Ausweisung aus Deutschland am 12. April 2024



Ghassan Abu Sittah
(Bild screenshot)

«Mein Name ist Dr. Ghassan Abu Sittah. Ich bin gerade aus Deutschland zurückgekehrt, wo man mich an der Einreise gehindert hatte, weil ich an einer Konferenz in Deutschland teilnehmen wollte, um über den Krieg in Gaza und meine Zeugenaussage als in den dortigen Krankenhäusern arbeitender Arzt zu berichten. Heute Morgen um 10:00 Uhr landete ich in Berlin, um an einer Konferenz über Palästina teilzunehmen, bei der ich zusammen mit vielen anderen aus Grossbritannien, den Vereinigten Staaten und Europa gebeten worden war, über die 43 Tage auszusagen, die ich in den Krankenhäusern in Gaza gearbeitet hatte, sowohl im al-Shifa- als auch im al-Ahli-Krankenhaus.

Bei meiner Ankunft wurde ich bei der Passkontrolle angehalten. Anschliessend wurde ich in den Keller des Flughafens begleitet, wo ich etwa dreieinhalb Stunden lang verhört wurde. Am Ende der dreieinhalb Stunden wurde mir mitgeteilt, dass ich nicht nach Deutschland einreisen dürfe und dass dieses Verbot den ganzen April über gelten werde. Und nicht nur das. Wenn ich versuchen würde, mich per Zoom oder FaceTime mit der Konferenz zu verbinden, auch wenn ich mich ausserhalb Deutschlands befinde, oder wenn ich ein Video meines Vortrags an die Konferenz in Berlin schicken würde, dann würde das einen Verstoß gegen deutsches Recht darstellen, und ich würde mich der Gefahr aussetzen, eine Geldstrafe oder sogar bis zu einem Jahr Gefängnis zu bekommen. Am Ende wurde ich dann aufgefordert, einen Flug zurück nach Grossbritannien zu buchen. Mein Reisepass wurde mir abgenommen, und ich bekam ihn erst wieder, als ich das Flugzeug bestieg.

Während Deutschland sich gegen die nicaraguanische Anklage verteidigt, dass es Beihilfe zum völkermörderischen Krieg geleistet hat, wie vom Internationalen Gerichtshof beschrieben, zeigt es sich gerade hiermit als Komplize eines Kriegsverbrechens. Sie wollen die Beweise vernichten und die Zeugen zum Schweigen bringen, sie schikanieren sie oder schüchtern sie ein. Und so trägt Deutschland als Mitglied einer Bande, die ein abscheuliches Verbrechen begangen hat, seinen Teil zu diesem Ver-

brechen bei, nämlich dafür zu sorgen, dass völlige Straffreiheit herrscht und der Völkermord ungehindert weitergehen kann.

So sagte die jüdische Intellektuelle Hannah Arendt in ihrem ersten Vortrag, den sie 1958 in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg hielt: «Erst indem wir darüber sprechen, vermenschlichen wir das, was in der Welt, wie das, was in unserem eigenen Innern vorgeht, und in diesem Sprechen lernen wir, menschlich zu sein.» «Es droht so viel Gefahr, dass wir ernsthaft darüber sprechen müssen, um die Ursachen zu verstehen, und die Alternative ist, unsere Menschlichkeit zu üben.»

Und dieses harte Durchgreifen gegen die Meinungsfreiheit ist ein gefährlicher Präzedenzfall, denn was in Gaza geschieht, ist ein gefährlicher Präzedenzfall. Wir beobachten den ersten Völkermord im 21. Jahrhundert, und dass Deutschland als Komplize dabei mitwirkt, die Zeugen dieses Völkermords zum Schweigen zu bringen, verheisst nichts Gutes für den Rest des Jahrhunderts.»

* Prof. Dr. Ghassan Abu-Sittah ist ein britisch-palästinensischer Arzt und kürzlich zum Rektor der Universität Glasgow ernannt worden. Er ist ein weltweit führender Experte für medizinische Hilfe in Kriegsgebieten (plastische Chirurgie bei kriegsverletzten Kindern und Erwachsenen).

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/ghassan-abu-sittah-accuses-germany-complicity-genocide-refused-entry> (Übersetzung Zeit-Fragen)

«Warum Russland...»

Fortsetzung von Seite 4

gelegenen Luftwaffenstützpunkt Morozovsk abgefeuert werden, lebhafter.

Am nächsten Morgen Abreise nach Mariupol, 180 Kilometer und drei Stunden Fahrt entfernt. Nach Taganrog führt die Strasse am Asowschen Meer entlang und ist mit Lkw-Konvois verstopft, die vom Donbass kommen und gehen. Sie wird derzeit verbreitert. Die Militärfahrzeuge tragen ein deutlich sichtbares V oder Z. Vor und hinter der Grenze zur Republik Donezk reihen sich Checkpoints und verschiedene Kontrollen aneinander. An den Seitenstreifen warten lange Kolonnen auf die Durchsuchung. Dank unserer Passierscheine befinden wir uns bald auf exukrainischem Gebiet. *Jewgeni*, ein Russe aus Wladiwostok, der sich freiwillig bei der Republik Donezk gemeldet hat, übernimmt die Führung. Er wird uns während unseres gesamten Aufenthalts als Reiseführer und Dolmetscher dienen.

Augenschein in Mariupol – Zerstörung und Wiederaufbau

Kurz vor Mittag erreichen wir die Vororte von Mariupol und betreten das völlig verwüstete Gebiet von *Azovstal*. Die Fabrik besteht nur noch aus verrosteten Schornsteinen, einem Geflecht aus aufgerissenen Rohren und verbogenem Schrott. Ein apokalyptischer Anblick, der sofort Erinnerungen an Stalingrad, die Traktorenfabrik, *Wassili Grossman* und die «Reise nach Russland» von Steinbeck und *Capa* wachruft. Keines der umliegenden Häuser und Wohngebäude ist stehengeblieben.

Das Stadtzentrum hingegen hielt viel besser stand, mit einer Zerstörungsrate, die auf den ersten Blick auf fünfzig Prozent geschätzt werden kann. Es wird derzeit umfassend wiederhergestellt. Der Wiederaufbau des berühmten Theaters auf dem zentralen Platz – ob es bombardiert oder gesprengt wurde, ist unklar – soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Umar ist zufrieden: Die Kinder und jungen Mütter haben den Park und den Spielplatz, den seine Firma gerade fertiggestellt hat, bereits in Beschlag genommen. Die Buslinien, die von der Stadt Sankt Petersburg gestiftet wurden, sind wieder in Betrieb. Die Strassencafés haben wieder geöffnet.

Dann fahren wir in den Westen der Stadt, der ein ganz anderes Bild bietet. Dort ist alles neu. Die alten Viertel wurden bereits renoviert, und in weniger als einem Jahr sind neue Viertel, Häuserblocks, eine Schule, ein Kindergarten und ein Krankenhaus aus dem Boden geschossen. Eine Frau, die ihren Hund ausführt, erzählt uns, dass sie erst vor zwei Wochen in ihre brandneue Wohnung eingezogen ist, nachdem sie monatelang in einer Elendsbehausung ohne fließendes Wasser gelebt hatte.

Auf den Baustellen, die von der staatlichen Militärbaugesellschaft des Verteidigungsministeriums mit Unterstützung der russischen Städte und Provinzen überwacht werden, wird Tag und Nacht gearbeitet. Zehntausend Bewohner wurden bereits umgesiedelt, und die Stadt hat mit 300 000 Einwohnern wieder zwei Drittel ihrer Vorkriegsbevölkerung erreicht. Im Laufe des Nachmittags besichtigen wir ein zweites Krankenhaus mit 60 Betten, das völlig neu und wieder zerlegbar ist, sehr gut ausgestattet ist und von freiwilligen Ärzten aus verschiedenen Regionen Russlands geleitet wird.

Was sagen uns Schulen über ein Land?

Die spektakulärsten Bauten sind jedoch die Schulen. Eine neue Marineakademie am Meer wird im September ihren ersten Kadettenjahrgang aufnehmen. Klassenzimmer, Internat, Sporthallen, Trainingsräume – vier glänzende Gebäude aus Glas und Stahl wurden innerhalb von zehn Monaten aus dem Boden gestampft. Wie man mir sagte, sind sie vorgesehen für 560 uniformierte Schüler im Alter von 11 bis 17 Jahren. Sie werden hauptsächlich Waisenkinder von den beiden Donbass-Kriegen, dem von 2014–2022 und dem von 2022–2024, aufnehmen, wie man mir sagte. Sechs Tage in der Woche sind acht bis zehn Stunden Unterricht, man wird kaum Zeit für Langeweile haben. Nach Abschluss der Schule können die Schüler entweder ihre Ausbildung bei der Marine vervollständigen oder an einer zivilen Universität studieren.

Die zweite Schule ist traditioneller, aber noch spektakulärer. Es handelt sich um eine experimentelle Schule, wie sie in Russland (und meines Wissens auch in der Schweiz)

noch nie zuvor gesehen wurde. Das bemerkenswerte Design ist sehr durchdacht. Die Klassenzimmer sind mit den neuesten Technologien ausgestattet, mit Computern, Robotern, Cyber- und Nanotechnologien und Künstlicher Intelligenz. Klassischer sind die Räume für Zeichnen, Nähen, Kochen, Malen, Sprachen, Ballett, Theater, Chemie, Physik, Biologie, Anatomie und Mathematik. Es gibt sogar einen Raum, der mit Kabinen ausgestattet ist, in denen man das Fahren und Fliegen lernen kann.

Lernen – in Russland offenbar nicht verpönt

Die Ende 2022 begonnene und im September 2023 fertiggestellte Schule hat im vergangenen Jahr ihren ersten Jahrgang mit 500 Schülern aufgenommen und erwartet zu Beginn des neuen Schuljahres im September weitere 500 Schüler. Die Pädagogik ist auf der Höhe der Zeit, ohne pädagogisches Geplänkel: Die Kurse dauern zwölf Stunden pro Tag. Der Unterricht beginnt um 8 Uhr und endet um 20 Uhr, wobei morgens sechs Stunden «harte» Fächer und nachmittags sechs Stunden Freizeit- oder Ergänzungsfächer unterrichtet werden. Die Kantine bietet drei Mahlzeiten pro Tag. Die einzige Schwierigkeit, so versichert die Direktorin, besteht darin, Lehrer zu finden, die bereit sind, nach Mariupol zu ziehen. Aber sie scheint nicht der Typ zu sein, der vor dieser Aufgabe zurückschreckt.

«Sie wollen so viele Zivilisten wie möglich töten»

Am späten Nachmittag fahren wir auf die brandneue Autobahn, die Mariupol mit dem 120 Kilometer entfernten Donezk verbindet, und machen einen kurzen Stopp in der Kleinstadt Wolnowakha, deren Kulturpalast im November letzten Jahres einen HIMARS-Schlag erlitten hat. Das Dach war eingestürzt, und Gerüste verstopften das, was von Bühne und Saal übriggeblieben war. Glücklicherweise forderte die Salve weder Tote noch Verletzte, da die für diesen Tag angesetzte Aufführung in letzter Minute verlegt worden war. Für die Einheimischen bestand kein Zweifel daran, dass die Ukrainer so viele Zivilisten wie möglich töten wollten. Mein Reiseführer erklärt mir, dass sie die HIMARS immer in Dreiergruppen abfeuern: eine erste Rakete, um das Dach und die Strukturen zu durchschlagen, eine zweite, um die Bewohner zu liquidieren, und zwanzig bis fünfundzwanzig Minuten später einen dritten Schlag, um so viele Feuerwehrleute, Rettungskräfte, Verwandte, Polizisten, Freunde und Nachbarn wie möglich zu töten, die den Opfern zu Hilfe gekommen waren. Diese Schilderung wird mir mehrmals wiederholt.

Donezk – belebte Grossstadt im Kanonendonner

Donezk ist eine Grossstadt mit einer Million Einwohnern, sehr weitläufig, sehr belebt, mit dichtem Verkehr. Man sieht nur wenige zerstörte Gebäude oder Fassaden. Handkehrum lebt die Stadt im Lärm der Kanonen. Ich hatte bei meiner Ankunft auf Grund der Müdigkeit und der Aufregung des Tages nicht darauf geachtet. Aber beim Aufwachen um drei Uhr morgens war ich plötzlich von Kanonendonner aufgeschreckt worden. Alle zwei bis drei Minuten ging ein Schuss los, der die Fensterscheiben erzittern liess und den Himmel in ein orange-farbenes Licht tauchte: Es ist russische Artillerie, die auf ukrainische Stellungen einige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt feuert. Die Ukrainer erwidern das Feuer mit Raketen, Drohnen oder HIMARS-Raketen, was russisches Gegenfeuer auslöst, ein oder zwei pro Stunde, wie mir scheint.

Am nächsten Morgen wird mir beigebracht, wie man die einen von den anderen unterscheidet. Die HIMARS sind bis zur letzten Explosion lautlos, die französischen SCALP-Raketen und die britischen *Storm Shadow*-Raketen machen ein Flugzeugbrummen, ebenso wie die russischen Raketenabwehrraketen, während die normalen Granaten zischend niedergehen. Wie auch immer, ich muss mir keine Sorgen machen, versichern mir meine neuen



Denkmal zu Ehren der zwischen 2014 und 2024 getöteten Kämpfer in Lugansk. (Bild G.M.)

Freunde. Sie haben mich im einzigen Hotel der Stadt untergebracht, das noch in amerikanischer Hand ist, und die Ukrainer würden es nie wagen, auf ein amerikanisches Ziel zu schießen. Nichtsdestotrotz fordert der ukrainische Beschuss weiterhin Verletzte und durchschnittlich einen Toten pro Woche. Allesamt Zivilisten, denn es gibt absolut keine Soldaten, Fahrzeuge oder militärische Einrichtungen in der Stadt. In den vier Tagen, die ich dort verbracht habe, ist mir nicht eine einzige Uniform begegnet.

Allee der Engel

Wir beginnen den Tag mit einem Besuch der «Allee der Engel», die sich inmitten eines schönen Stadtparks befindet. So wurde das Grabmal genannt, das zum Gedenken an die Kinder errichtet wurde, die seit 2014 durch ukrainische Bombenangriffe getötet wurden. 160 Namen wurden bereits auf den Marmor geschrieben. Die Liste umfasst jedoch bis heute mehr als 200. Unter dem schmiedeeisernen Torbogen türmen sich Dutzende von Blumensträußen, Spielsachen und Kinderfotos. Es ist erschütternd.

Auf dem Rückweg besuchen wir die Kollegen vom Fernseh- und Radiosender OPLoT am Rande des zentralen Platzes. Ihr Gebäude wird regelmässig von HIMARS beschossen. Die zuletzt getroffenen Studios konnten noch nicht repariert werden, aber sie werden einfach mit dem, was man hat, wieder instand gesetzt, und die fünf Fernseh- und Radiokanäle senden ihre Programme ohne Unterbrechung. Die Leitung und das Team bestehen zu 90% aus Frauen, die wenigen Männer sind mit der Berichterstattung von der zehn Kilometer entfernten Front beauftragt. Ein kleiner Kindergarten – eine grosse Kinderkrippe würde die Aufmerksamkeit der ukrainischen HIMARS auf sich ziehen – betreut die Kinder der Angestellten. Dies ist in der ganzen Stadt so, da die öffentlichen Kindergärten geschlossen werden mussten, um den Luftschlägen zu entgehen. Anfangs, im Jahr 2014, sei es wegen der Anschlaggefahr schwierig gewesen, Journalisten anzuwerben, aber das sei heute nicht mehr der Fall, versichert die Chefredakteurin *Nina Anatoleva*. Die russische Intervention im Jahr 2022 hat die Sicherheit sehr erhöht. Aber sie haben an Einschaltquoten verloren. Ihre Kanäle, die im russischsprachigen Teil der Ukraine weit verbreitet waren, wurden abgeschaltet und sind nur noch im Internet oder über das lokale Netzwerk zu sehen.

Besuch eines Aufnahmezentrums nahe der Front

Am Nachmittag fahren wir in das Dorf Yasynouwata, das in der Nähe von Avdeevka und damit ganz nah an der Front liegt. Das Dorf, das dem ukrainischen Granatbeschuss stark ausgesetzt ist, beherbergt eine Schule, die in ein Aufnahmezentrum für Flüchtlinge aus den kürzlich befreiten Dörfern umgewandelt wurde. Kaum hat man Donezk verlassen, ist die Nähe zur Front spürbar. Die Strasse ist von Granatbeschuss zerfurcht und mit Trümmern von eingestürzten Brücken übersät. Links von uns fliegen zwei Ka-50 Alligator-

Hubschrauber und ein MI-8-Hubschrauber im Tiefflug von der Front zurück. Zu unserer Rechten bilden Schützengräben und drei Reihen von Dragonerzähnen, die unserer Schweizer *Toblerone*¹ entsprechen, eine der Linien der russischen Verteidigung. Militärfahrzeuge fahren regelmässig an ihr entlang.

Unser Fahrzeug ist vollkommen anonym. Kein Konvoi, keine Presseabzeichen, keine kugelsicheren Westen oder Helme, die die Aufmerksamkeit ukrainischer Überwachungsdrohnen auf sich ziehen könnten. Die GPS unserer Handys sind längst deaktiviert. Es geht darum, so unauffällig wie möglich zu sein. Die Strasse wird immer holpriger, und es gibt so gut wie keinen Verkehr. Der Fahrer, der Reiseleiter und Umar sind vollkommen unaufgeregt.

Die Direktorin der Schule, eine ehemalige Mathematiklehrerin, die nun Leiterin des Aufnahmezentrums ist, empfängt uns. Die Befreiung von Avdeevka und den Nachbardörfern Ende Februar hat die überlebenden Bewohner aus

den Kellern geholt. Sie sind hier in den Klassenzimmern untergebracht, bis sie wieder in ihre Häuser zurückkehren oder eine neue Unterkunft finden. Von den 160 beherbergten Personen konnten einige bereits nach Avdeevka zurückkehren. Heute ist *Nina Timofeevna*, 85 Jahre alt und sehr lebhaft, an der Reihe, in ihre Wohnung zurückzukehren. Sie hatte zwei Jahre lang in ihrem Keller gelebt und Feuer auf der Strasse gemacht. Sie versichert: «Die ukrainischen Soldaten haben uns überhaupt nicht geholfen», während die russische Armee ihr Dach und die Fenster ihres Hauses repariert hat, so dass sie wieder in ihr Haus zurückkehren kann, begleitet von zwei Soldaten der Militärpolizei, die ihr Gepäck tragen. «Das ist kein Krieg, sondern ein Massaker an Zivilisten. Sie wollen uns zerstören.»

In den Fluren packen Freiwillige der orthodoxen Kirche Kartons mit Kleidung, Wasserflaschen und Lebensmitteln aus. In den anderen Räumen sitzen Paare mit einer schönen blauäugigen Katze und alte Menschen. Eine Familie mit einem vierjährigen Jungen. Ihre Wohnung wurde von einer Rakete weggeblasen, als sie versuchte, im Freien etwas zu essen zu finden. Der Vater war Arbeiter und die Mutter Buchhalterin in der Kokerei Avdeevka. Sie entgingen dem Tod wie durch ein Wunder und können es immer noch nicht fassen, dass sie überlebt haben ...

Der Donbass wird russisch bleiben

Auf dem Rückweg nach Donezk dreht sich das Gespräch um das Leben während des Krieges, und *Jewgeni* erzählt mir, dass in Mariupol das Neonazi-Bataillon *Asow* bereits 2014 ein geheimes Gefängnis in einem Flughafengebäude eröffnet hatte, das «Bibliothek», die Bibliothek, genannt wurde, weil die Opfer dort als «Bücher» bezeichnet wurden, ganz nach dem Vorbild der Nazis, die ihre Opfer als «Stück» bezeichneten. Während der acht Jahre, in denen die mit Nazisymbolen tätowierten Nationalisten des Bataillons in Mariupol das Sagen hatten, wurden dort laut Zeugenaussagen Dutzende Menschen gefoltert und getötet, während die örtliche Polizei wegschaute. Derzeit laufen Ermittlungen, um die Opfer zu identifizieren, und die Besichtigung der Räumlichkeiten wurde ausgesetzt. Die russische Presse berichtete darüber, aber die westlichen Medien schwiegen aus Angst, das Narrativ von den guten Ukrainern und den bösen Russen zu trüben.

Zweite Feststellung: Der Donbass begeht Anfang April den 10. Jahrestag seines Aufstands gegen das Kiewer Regime, das gegen ihn den Terrorkrieg ausgerufen hatte. Tausende Menschen, Kinder, Zivilisten und Kämpfer, wurden getötet. Donezk erhielt den Beinamen «Stadt der Helden». Nach so vielen Opfern werden die drei Millionen Einwohner der Oblast bis zum Ende kämpfen, um ihre Republik zu verteidigen, was immer der Preis sein wird und was immer man im Westen über sie denken mag. •

¹ Panzersperren der Schweizer Armee, die auf Grund ihrer Form mit dem Markennamen dieser Schweizer Schokolade benannt wurden.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Der Dauerkrieg im Ostkongo beruht auf einem Lügenkonstrukt

Ostkongo – die humanitäre Langzeit-Katastrophe hält an (Teil 2)

von Peter Küpfer

Im ersten Teil dieser Darstellung wurde zum Thema gemacht, wie der Endloskrieg im Ostkongo entstanden ist, wer seine Hauptdrahtzieher sind und welche Interessen sie verfolgen.¹ Auch im Ostkongo verbirgt sich hinter den Ausdrücken der Kriegspropagandisten wie «Bürgerkrieg», «Rebellionskrieg», «Verteidigungskrieg» brutale Machtpolitik. Sie wird nicht primär von ethnischen Konflikten genährt, sondern von der Gier nach wirtschaftlicher Überlegenheit und dem Wahn, sich Sicherheit durch Krieg schaffen zu können. Die in diesem Zusammenhang verbreiteten Propaganda-Systeme, welche die wahren Absichten verbergen, werden in diesem Text als das bezeichnet, was sie sind – Kriegslügen. Lügen bedeutet bekanntlich nicht nur, nicht die Wahrheit zu sagen, sondern auch, wesentliche Teile der Wahrheit zu unterdrücken und anderen ein Gewicht zu geben, das ihnen nicht zukommt. Beide Manipulationsstrategien sehen wir auch bei der humanitären Langzeitkatastrophe im Ostkongo am Werk. Die Länge des Leidens unterstützt die endlose Gier nach Macht und illegalen Einkünften.

Systematische Kriegslügen auch hier

Paul Kagame, der ehemalige Buschkommandant der in den sechziger Jahren nach Uganda exilierten ruandischen Tutsi-Elite (siehe Kästen), behauptet weiterhin öffentlich, sein Land müsse sich immer noch vor den damals, 1994, panisch in den Ostkongo geflüchteten Angehörigen der ruandischen Hutu-Ethnie schützen. Denn das waren in seiner Rhetorik ja alle ausnahmslos «Völkermörder». Nach ähnlicher Logik werden heute täglich wahllos Angehörige der palästinensischen Bevölkerung von der israelischen Armee niedergemacht. Denn in den Worten ihrer politischen Führung ist jeder Palästinenser ein potentieller Antisemit und damit Völkermörder.

Nach diesem Rezept funktionierte auch die völlig realitätsfremd gezogene ethnische Karte im Machtspiel um den Ostkongo. Wie an anderen Brennpunkten dieser Welt wird auch hier eisern eine ganze Ethnie (die ruandischen Hutu) kollektiv als «génocidaires», als Völkermörder, bezeichnet und in eigener zurechtgelegener Notwehrtheorie als Freiwild behandelt. Diese seit Jahrzehnten gezinkte Version der wirklichen Umstände ist der Konfrontation mit den Fakten in keiner Weise gewachsen. Für die RPA (*Rwandian Patriotic Army*, die Guerillatruppe, die unter der Regie der USA Kagame zur Wiedereroberung der Macht der Tutsi-Elite in Ruanda verhalf) galten nach ihrer gewaltsamen Machtübernahme im Juli 1994 alle Hutu als Völkermörder, «génocidaires». Das war der Hauptgrund, dass die ruandischen Hutu beim Herannahen der Tutsi-Armee unter dem Kommando Kagames zu Hunderttausenden flohen. Dabei wurde eine grosse Anzahl von ihnen, meist Zivilisten, von den sie verfolgenden Angehörigen der Tutsi-Guerilla durch gezielten Beschuss niedergestreckt. Denn es genügte damals zu fliehen, damit für die Einmarschierenden der Beweis erbracht war, sie seien eben «génocidaires», sonst würden sie doch «vor den Befreier» nicht fliehen.

Nicht jeder 1994 fliehende ruandische Hutu war ein «Völkermörder»

Es gab für die ruandische Hutu-Bevölkerung 1994, kurz vor der drohenden Einnahme Ki-

In Ruanda herrschten seit Jahrhunderten interne Unterdrückung und Demütigung

pk. Ruanda war vor der Unabhängigkeit (1962) ein Kleinst-Königreich (unter der Herrschaft der «Mwami»-Dynastien, ähnlich wie in Burundi). Vor dem Ersten Weltkrieg deutsches Mandatsgebiet, gelangte es 1908 unter belgische Verwaltung wie der Kongo. Die ruandische Tutsi-Ethnie (bei der Unabhängigkeit etwa 17% der ruandischen Bevölkerung) behandelte die Mehrheit des Bantu-Stammes der Hutu (80%) als ihre geborenen «Stallknechte». Die Minderheits-Kaste der Tutsi, der jahrhundertlang ruandische Hochadel, stellte sämtliche hohen Hofbeamten sowie die Offiziere der Armee. In den Missionarsschulen (den damals einzig funktionierenden Schulen und damit Voraussetzung zur Karriere) waren sie unverhältnismässig zahlreich vertreten, die damals von ihnen für beschränkt bildungsfähig gehaltenen Hutu dagegen untervertreten. Das alles bezeugen unabhängig von einander vertrauenswürdige Zeitzeugen und Forscher, insbesondere auch das Buch mit dem Titel «Un évêque au Rwanda» (Ein Bischof in Ruanda) des Schweizer Missionars und nachmaligen Erzbischofs von Kabgayi (Ruanda), André Perraudin. Diese Literatur mit wissenschaftlichem Anspruch wird seit dem Völkermord der Hutu an den Tutsi in Früh-

jahr und Frühsommer 1994 als «revisionsistisch» (Völkermord leugnend) oder in offener Umkehrung der Wirklichkeit sogar als «rassistisch» verunglimpft. Der erwähnte Schweizer Erzbischof Perraudin sagte in seinen letzten Lebensjahren, mit Blick auf die Lage in Ruanda beim Übergang zur Unabhängigkeit in den frühen sechziger Jahren: «Ich stellte schliesslich fest, dass die Gruppe der Hutu im Lande verachtet wurde. Die Hutu wurden von den anderen, die sich zum Herrschen berufen fühlten, als Menschen zweiter Klasse angesehen, mit einer Mentalität des «Übermenschen», die Sie in Deutschland gut gekannt haben. Entschuldigen Sie diesen Vergleich, aber er ist treffend.» Wie bei vielen vergleichbaren Themen ist eine bestimmte Denkrichtung jedoch daran interessiert, auch hier den Mantel des Schweigens über das Gewesene zu breiten und nur auf der «richtigen Seite» zu stehen. Auch hier war es so, dass die Sieger (die ruandische durch Kagame im Sommer 1994 wieder hergestellte Alleinherrschaft der früheren Tutsi-Elite) die ruandische Geschichte neu geschrieben haben. Leider folgt ihnen die Mehrheit des modernen Schrifttums, der Medien und der Kulturschaffenden über die ruandischen Tragödien fast blind.

galis durch die Tutsi-Armee Kagames, allerdings schwerwiegende andere Gründe dafür, dass sie in diesem Moment panikartig und zu Hunderttausenden Zuflucht in den Nachbarländern suchte. Es zirkulierten damals nämlich ernstzunehmende und (wie sich später herausstellte) auf schrecklicher Wahrheit begründete Gerüchte, die Soldateska der RPA, die Guerilla-Armee Paul Kagames, betriebe beim Vormarsch auf die Hauptstadt Kigali in den Siedlungen der von ihr «befreiten» Gebiete einen systematischen Massenmord an der dort sesshaften Hutu-Bevölkerung. Inzwischen gibt es eine sorgfältig wissenschaftlich dokumentierte Literatur, welche diesen ruandischen Völkermord der Tutsi-«Befreier» an ihren Hutu-Landsleuten ausführlich dokumentiert.² Es ging also dem Genozid der Hutu-Milizen an den Tutsi vom Frühsommer 1994 (nur von dem spricht unsere Welt!) ein anderer Völkermord zeitlich voraus, derjenige der RPA-Guerilla unter Kagame an der Hutu-Bevölkerung in den von ihr «befreiten» Gebieten Ruandas. Dieser erste und absolut verschwiegene Genozid fand den verfügbaren Dokumenten entsprechend ab 1990 statt und kulminierte vor der Einnahme Kigalis, d. h. seit dem Beginn des Interventionskrieges der RPA unter Kagame zur Bekämpfung der demokratisch legitimierten Ausgleichsregierung unter Juvénal Habyarimana in Kigali, also während der ganzen vier Jahre, welche der Guerillakrieg der RPA bis zu ihrer Machtübernahme im Sommer 1994 dauerte. Gehäufte Zeugenaussagen, Unoberichte und aufgefundenen Massengräber in den von der RPA «befreiten» Zonen haben die schreckliche Tatsache mehrfach belegt.

Leider sind vom eigens für den Genozid (nur den vom Frühsommer 1994!) in Ruanda geschaffenen Strafgerichtshof mit Sitz in Arusha, Tansania, (unter Druck der USA eingerichtet) die Beweismittel für dieses systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht gerichtlich erfasst worden. In ihrer Autobiographie erklärt die am Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda als Chefanklägerin amtierende Schweizer Juristin Carla del Ponte, ehemals Bundesanwältin der Schweizerischen Eidgenossenschaft, diesen Sachverhalt so: Sie sei auf höchste Intervention Kofi Annans angewiesen worden, nur Fälle zu bearbeiten, bei denen Hutus als Täter figurieren. Die genozidartigen Massenhinrichtungen, begangen von der RPA auf ihrem Feldzug in den Kriegsjahren zuvor, fielen damit vollständig aus dem von der Uno festgelegten zeitlichen Mandat. Als die beherzte Schweizer Juristin protestierte, wurde sie kurze Zeit später, offensichtlich auf Betreiben der USA, durch einen den amerikanischen Interessen an Vertuschung besser angepassten Chefankläger ersetzt. Es handelte sich dabei um den gambischen Rechtsanwalt Boubakar Hassan Jallow, ein enger Freund von einem hochgestellten ruandischen Mitgründer der RPA. Damit war das aktive Wegsehen des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda gegenüber schweren Verbrechen der Klägerpartei in die Wege geleitet. Es gab also in Ruanda nicht nur den einen Genozid vom April bis Ende Juni 1994, von dem die ganze Welt spricht, zu beklagen, sondern schon vorher einen ebenso grausamen Vorläufer, begangen von der Seite, die sich heute als Opfer darstellt.

Und noch ein ethnisch «begründeter» Massenmord, auch der vertuscht

Ein zweites von der offiziellen Geschichtsschreibung weggebanntes schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verübt von Truppen unter ruandischem Befehl, fand zwei Jahre später statt. Bekanntlich kam es anfangs November 1996 zum 1. Interventionskrieg im Kongo, der den ehemaligen Chef einer früheren ostkongolesischen Guerillaformation in den Anfängen Mobutus, Laurent-Désiré Kabila, an die Macht in Kinshasa brachte.

Dieser vom Pentagon von langer Hand vorbereitete und von US-Präsident Clinton abgesegnete Stellvertreterkrieg wird von westlichen Dokumentationsstellen, auch Wikipedia, fast ausschliesslich als «Rebellionskrieg» einer ostkongolesischen Tutsi-Minderheit (der so genannten Banyamulenge im Ostkongo) zur Durchsetzung ihr vermeintlich vorenthaltener Rechte durch die kongolesischen Regierung (damals noch Mobutu) dargestellt. Eine solche vermeintliche kongolesische Tutsi-Ethnie im Ostkongo hat nie existiert (vgl. dazu Bucyalimwe Mararo, Stanislas, *Manoeuvring for ethnic hegemony*, 2 Bände, Editions Scribe 2014, sowie Onana, Carles, *Holocauste au Congo. L'omertà de la communauté internationale*, Editions de l'Artilleur, Paris 2023). In Tat und Wahrheit handelte es sich bei diesen ostkongolesischen Tutsi um eine vor allem im Süd-Kivu (Region Uvira) angesiedelte Schicht von ehemaligen ruandischen Tutsi-Einwanderern der jüngeren Zeit. Sie lebten mit ihrer Gastumgebung, mehrheitlich kongolesische Bantu-Ethnien, lange im Frieden. Spannungen ergaben sich erst, als kriegstreibende Kreise in Ruanda sie gegen vermeintlich einengende Gesetze ihres Gastlandes aufhetzten.

In den Jahren der Vorbereitung des ersten Kongo-Krieges nahm ihre Siedlung sprunghaft zu und wurde mit militärischen Elementen aus Ruanda und Burundi aufgestockt. Von Ruanda wurde beharrlich die rassistisch unterlegte Version verbreitet, die Banyamulenge würden von den Kongolesen in ihrer Existenz bedroht und müssten deshalb von der ruandischen Armee geschützt werden. Nach den Ereignissen vom Frühsommer 1994 nahmen diese Vorwürfe an Heftigkeit zu. Dies war der von den westlichen Medien sofort aufgenommene und verbreitete offizielle Grund zum ersten Kongo-Krieg von 1997/98.

In Wahrheit handelte sich bei diesem Blitzkrieg um einen weiteren getarnten Stellvertreterkrieg, von den USA geplant, hauptsächlich finanziert und militärisch ausgerüstet. Er wurde bekanntlich, allen Tarnungen zum Trotz, im wesentlichen von ruandischen Armeeange-

Fortsetzung auf Seite 7

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Nüssli Druck AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

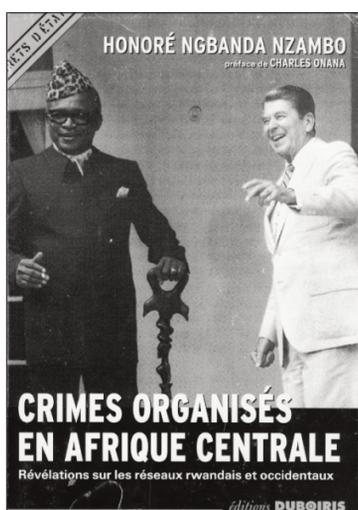
IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

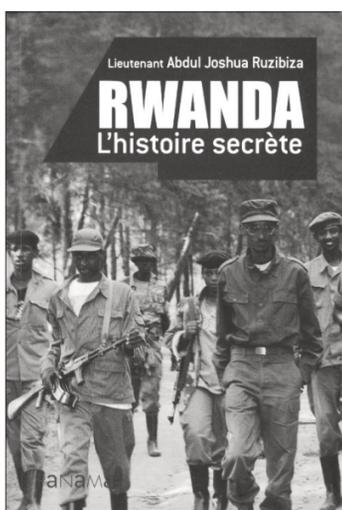
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

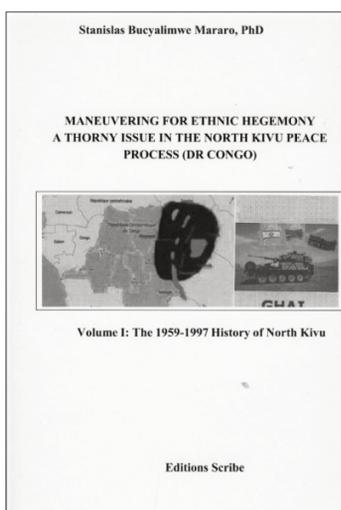
© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.



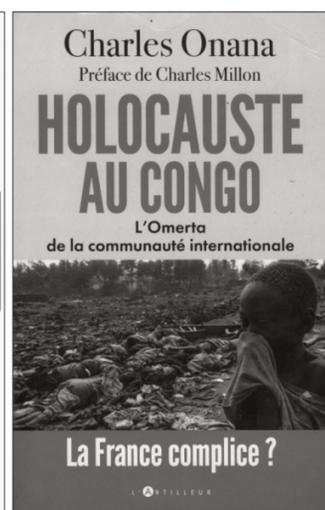
ISBN-13 9782951315990



ISBN 2-7557-0093-9



ISBN 978-2-930765-03-7



ISBN 978-2-81001-145-2

«Der Dauerkrieg im Ostkongo ...»

Fortsetzung von Seite 6

hörigen durchgeführt. Von Anfang an stand dabei als nicht deklariertes Kriegsziel fest: die Sicherung der ostkongolesischen strategisch wichtigen Rohstoffe und des ostkongolesischen Territoriums oder von Teilen davon für die westliche Allianz.

Was dabei mehrheitlich verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass gleichzeitig mit dem Vormarsch der Tam-Armee mit dem wohlklingenden Namen AFDL (*Alliance des Forces démocratiques pour la Libération du Congo* – Allianz der Demokratischen Kräfte zur Befreiung des Kongo) die auf ostkongolesischem Gebiet damals bestehenden riesigen Lager von ruandischen Hutu-Flüchtlingen im Ostkongo, zum Teil mit Artilleriebeschuss und Bombenabwürfen, buchstäblich in den Boden gerammt wurden. So geschehen am 2. November 1996 mit dem in der Nähe von Goma gelegenen riesigen Lager Mungu, dem «grössten Flüchtlingslager der Welt», dem weitere ähnliche Verbrechen folgten.

Dieser dritte Genozid von Ruändern (und der zweite, den die Tutsi-Armee an ihrer eigenen Hutu-Bevölkerung begangen hat), diesmal auf dem Boden des Ostkongo, war von unglaublichen Ausmassen. Es kamen dabei nach verlässlichen Schätzungen Hunderttausende von wehrlosen Menschen um, mehrheitlich ruandische Hutu-Zivilisten, direkt durch Beschuss der Lager oder dann anlässlich ihrer gnadenlosen Verfolgungen durch ruandisch kommandierte Verbände auf ihrer neuerlichen Flucht durch die Dschungel-Wildnis in Richtung Westen, zum Teil Hunderte von Kilometern bis nach Kisanangani am Kongofluss.

Der ausgewiesene Ostafrikaspezialist Helmut Strizek fasst dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen das noch kein einziges Gerichtsverfahren eingeleitet worden ist, in folgende Worte: «Kaum jemand hätte um die Jahreswende von 1996/97 geglaubt, dass es der Rebellen-Allianz AFDL gelingen könnte, bis zum 17. Mai 1997 ganz Zaïre zu erobern und während dieses Krieges den grössten Teil der ruandischen Hutu-Flüchtlinge zu vernichten.» (Strizek, Helmut, *Kongo-Zaïre, Ruanda, Burundi*, Weltforum-Verlag 1998, S. 179)

Die Täter gerieren sich als Opfer

Dieses beispiellos brutale Vorgehen gegen Wehrlose wurde vorher und nachher von der ruandischen Kamarilla als Notwehr gerechtfertigt. Von den Flüchtlingslagern aus, so die Kriegslüge, seien immer wieder die Sicherheit Ruandas gefährdende Einfälle auf ruandisches Territorium ausgegangen. Schon damals wurde die entsprechend gefälschte ethnische Karte gezogen, mit der sich Täter von Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinter dem Menschenrecht auf Notwehr verstecken – mit dem Argument, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe wolle sie vernichten. Das ist, wenn man die realen Bedingungen der Flüchtlinge in den riesigen, völlig verwahrlosten Flüchtlingslagern im Nord- und Süd-Kivu von 1994–1996 einbezieht, eine kühne Behauptung. Die mehr als eine Million notdürftig in improvisierten Zelten zusammengepferchten ruandischen Hutu rangen dort im November 1996, zu der Zeit, als die AFDL-Armee in den Ostkongo einmarschierte, um ihr Überleben.

Wie aus den Flüchtlingen unter solchen Umständen eine schlagkräftige Guerillatruppe entstehen konnte, wie diese für die Existenz des neuen Tutsi-Ruanda unter Kagame eine ernsthafte militärische Bedrohung sein könnten oder einen erneuten «Völkermord» begehen, ist eines der vielen ruandischen Rätsel. Charles Onana bestätigt, dass 1994 an den von Frankreichs Armee garantierten Flüchtlingsübergängen (*opération Turquoise*) eine strenge Waffenkontrolle stattgefunden hat. Die Menschen, die dort durchkamen, rannten um ihr Leben, das ihrer Frauen und das ihrer Kinder. Sie hatten andere Sorgen, als in den Lagern eine revanchistische Guerilla gegen die neue Regierung zu organisieren. Wo befanden sich in diesen verwahrlosten Ansammlungen verzweifelter und hungernder Menschen Waffen? Und woher kam denn da die Munition? Woher Nachschub? Der amerikahörige Teil des Westens, allen voran die korrumpierten Qualitätsmedien, inklusive *Wikipedia*, kriecht aber dieser ruandischen General-Kriegslüge bis zum heutigen Tag mit Inbrunst auf den Leim.³ Kagames zynischer Ausspruch vor dem Gemetzel in den Flüchtlingslagern wurde viel zitiert, aber es wurde ihm nichts entgegengesetzt. Kagame sagte: «Wenn die internationale Gemein-

Der «wertebasierte» Westen hat den Ostkongo absichtlich destabilisiert

«Kagame hat offenbar schon zu diesem Zeitpunkt (Sommer 1997, Vorbereitung des ersten «Rebellionskrieges» gegen Kongo/Zaïre) mit amerikanischen Kreisen seine Aggressionsabsichten erörtert. Man weiss, dass diese Politik auch in Militär- und Geheimdienstkreisen nicht unumstritten war. Sie gewann schliesslich die Oberhand. Mobutu wurde zum Abschuss freigegeben. [...] Die ungelöste ruandische Flüchtlingsfrage und die Rücksicht auf den neuen Minderheitsmachthaber Kagame in Ruanda haben die beim herannahenden Tod von Mobutu [er war damals von seiner Krebserkrankung gezeichnet] in greifbare Nähe gerückte Demokratie in Zaïre verhindert. Denn spätestens seit dem Herbst 1996 wussten die Geheimdienste, dass Mobutus Krebserkrankung nicht mehr beherrschbar war und mit seinem baldigen Tod gerechnet werden konnte. Niemand hätte dann demokratische Präsidentschaftswahlen in Zaïre verhindern können.» (Strizek, Helmut, *Kongo-Zaïre-Ruanda-Burundi. Stabilität durch erneute Militärherrschaft? Studie zur «neuen Ordnung» in Afrika*, S. 142)

schaft nicht interveniert, um der Gefahr ein Ende zu setzen, welche von den in den Ostkongo geflohenen Völkermördern ausgeht, dann werde eben ich den Job im Kongo machen.» Was er dann auch prompt tat (Onana, S. 112ff.). Gestützt auf diese grob verfälschende Sicht, dass jeder sich im Ostkongo befindliche ruandische Hutu-Flüchtling ein Völkermörder sei, zauberte er die AFDL-Armee aus dem Hut, mit deren Anführer Laurent Désiré Kabila und seinen im Guerillakrieg erfahrenen Offizieren er in einem Blitzkrieg den halben Kongo durchmarschierte und den kränkelnden Mobutu vertrieb. Alles mit der Begründung, sie müssten der unterdrückten Tutsi-Gruppe der Banyamulenge zu ihrem Recht verhelfen. Der so legitimierte Blitzkrieg zur Eroberung des Kongo mit all seinen Zerstörungen und Toten wäre ohne Planung und Unterstützung der USA niemals möglich gewesen und gehörte offensichtlich zur langfristigen Afrika-Strategie der westlichen Grossmacht.

Die organisierte «impunité» – die Krankheit Strafflosigkeit

Die Spitzengruppe der Verantwortlichen dieses Feldzugs, in dessen Verlauf weitere schwere

«Eines stellt sich ganz klar heraus. Wenn die kongolesische Regierung und die Zivilgesellschaft der Demokratischen Republik Kongo sich nicht entschiedener und offensiver zur Frage der praktizierten Strafflosigkeit für schwere Verbrechen verhalten, werden die dort aktiven ruandischen, ugandischen und burundischen Kriminellen weiter Tod und Verderben säen [...] mit dem Ziel, die Kongolesen definitiv aus ihrem Land zu vertreiben. Die Kongolesen sollten die Worte von Papst Franziskus nicht vergessen, die er ihnen bei seinem Aufenthalt in Kinshasa zum vergessenen Genozid in der Demokratischen Republik Kongo ans Herz gelegt hat: «Die Zukunft der Kongolesen liegt in ihrer Hand. Sie sollten sich nicht länger manipulieren lassen, und sich noch viel weniger kaufen lassen von denen, die das Land weiter der Gewalt ausbeuten und ihre schändlichen Geschäfte betreiben können.» (Onana, Charles, *Holocauste au Congo*, S. 442; Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Vergehen gegen die Menschlichkeit verübt wurden, gelangten sofort nach dem Sieg der ruandischen AFDL-Koalition im Sommer 1997 in hohe Ämter des sich neu wieder – nun aber zu Unrecht – «Demokratische Republik Kongo» (wie zu *Patrice Lumumbas Zeiten*) nennenden Staates und seiner Armee(!). Sie sind damit vor jedem gerichtlichen Verfahren gegen sie geschützt. Der engste Waffenbruder Kagames im Guerillakrieg 1990–1994 und Oberbefehlshaber der ruandisch geführten Seite im ersten Kongo-Krieg (1996/97), *James Kabarebe*, wurde sofort Oberkommandierender der kongolesischen Armee und durchsetzte sie mit ruandischen Offizieren und Armeeteilen. Dies stellt einen Akt seltener Perfidie und Demütigung dar.

Wundert man sich da noch, dass eine derartige «nationale» kongolesische Armee bisher die von Ruanda ausgerüsteten und unterstützten «Rebellengruppen» im Ostkongo wenig effizient bekämpft hat? Die Tatsache zum Beispiel, dass *Laurent Désiré Kabila*, der von der AFDL (und der CIA) zum neuen Präsidenten des kongolesischen Riesenreichs auf den Schild gehoben worden war, von einem eigenen Sicherheitsmann kurze Zeit später erschossen wurde (am 16. Ja-

nuar 2001), nachdem er die bestehenden Schürf-Verträge mit den grossen westlichen Bergbaugesellschaften zugunsten der miasmatischen kongolesischen Bevölkerung (ein Grossteil lebt immer noch mit zwei Dollars am Tag) verbessern wollte, spricht Bände. Sein Nachfolger, *Joseph Kabila*, ist kein Kongolese, sondern Ruander. Er spricht nur mühsam Französisch, was kein Wunder ist. Er wuchs in Ruanda im Umkreis von Kabarebe auf, dem treuesten Waffengefährten Kagames und «Hirn» des Blitzkrieges, und gehörte schon früh zum innersten Kreis der RPA-Offiziere. Seitdem Kabarebe und Joseph Kabila an der Macht sind, wird der Riese Kongo und der Zwerg Ruanda, inzwischen in westlichen Medien zum Musterknaben afrikanischer Entwicklung geworden, von der gleichen Kamarilla beherrscht. Das geplagte Land wird damit von innen zersetzt, nicht nur durch Korruption, auch durch Gesinnung.

Hier aus der verfahrenen Situation herauszufinden ist schwierig. Es muss ein steiniger Weg beschritten werden. Dass er im Prinzip möglich ist, zeigt Südafrika. Es hat bei seiner inneren Befriedung allerdings die Unterwürfigkeit gegenüber dem westlichen Kartell abwerfen müssen. Anders als dort ist es im Kongo aber nicht so, dass hier unlösbare Spannungen zwischen Teilen der Bevölkerung bestünden. Der Kongo hat kein Rassismus-Problem. Und die Bevölkerung ist in der Frage Ostkongo einig: Die fremden Truppen sollen endlich das Land verlassen. Das Hauptproblem liegt darin, dass die geduldige Bevölkerung eine Regierung toleriert, die das eigene Volk plündert.

Wirkliche Abhilfe kann hier nur schaffen, was die *Bischofskonferenz Ostafrikanischer Staaten* kürzlich wieder eindringlich bestätigte: Es müssen die ehrlich konstruktiven Kräfte aller Seiten sich endlich zusammensetzen und zu einer Lösung kommen, welche dauerhaften Frieden bringt. Das wird nicht ohne aufrichtig gemeinte Hilfe von aussen gehen. Bisher hat das westliche Wegschauen bei Tatsachen, die Akzeptanz der gängigen Kriegslügen in Medien und Politik und die Verweigerung wirksamer humanitärer Hilfe für die wehrlose Zivilbevölkerung nur das befördert, was der globale Westen einschliesslich EU dort offensichtlich will: den Dauerkrieg. Dieser Dauerkrieg schützt und fördert den illegalen Raub von Werten, der rechtmässig der kongolesischen Bevölkerung gehört, von der ein unhaltbar grosser Teil mit 2 Dollar pro Tag (*Statistik Médecins sans frontières*) immer noch dramatisch unter der Armutsgrenze lebt. Wie lange sieht die übrige Welt dem wohl noch zu? •

Die Täter stellen sich als Befreier dar

pk. Es ist, gestützt auf die reale Geschichte Ruandas, kein Wunder, dass die ehemaligen Herrscherfamilien und ihre Klientel, die Tutsi-Elite, in der Zeit der Umwandlung der «Zwergmonarchie Ruanda» in eine Demokratie (um die sechziger Jahre) in grosser Zahl auswanderten; denn sie sahen keine Chancen, wie sie ihre privilegierte Stellung bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen hätten weiter behaupten können. Die meisten dieser Exil-Tutsi wandten sich nach Uganda; so auch die zu den einflussreichsten Kreisen Ruandas gehörende Familie von *Paul Kagame*. Kagame baute mit Unterstützung *Musevenis* und den USA dort seine Interventionsarmee RPA auf und eroberte Ende Juli 1994 mit ihr die verlorene Vorherrschaft über Ruanda wieder zurück, dies nach einem blutigen vierjährigen Interventionskrieg, schon damals getarnt und im Westen verbreitet unter der fälschlichen Bezeichnung «Bürgerkrieg». In Tat und Wahrheit war es ein nach dem Drehbuch der CIA unternommener und von der Regierung Clinton gegen die demokratische Regierung des gewählten Präsidenten *Juvénal Habyarimana* (Hutu) vom Zaun gebrochener Interventionskrieg.

Der unerschrockene kamerunisch-kanadische Forscher *Charles Onana* wies schon vor mehreren Jahren in seiner Studie «Ces tueurs tutsi» mit vielen schwerwiegenden Indizien darauf hin, dass es mit grosser Wahrscheinlichkeit die RPA unter dem Kommando von Kagame war, die den Völkermord der Hutu an den Tutsi von April bis zum Frühsommer 1994 aus-

gelöst hat. In der Nacht des 6. April 1994 wurde nämlich das Flugzeug des auf Ausgleich bedachten und demokratisch gewählten ruandischen Präsidenten *Juvénal Habyarimana* beim Anflug zur Landung auf dem Flugplatz von Kigali durch eine in der Nähe abgefeuerte Boden-Luft-Rakete getroffen. Präsident *Juvénal Habyarimana*, sein burundischer Amtskollege *Ntaryamira*, hohe Offiziere beider Staaten sowie die vierköpfige französische Crew kamen bei dem feigen Anschlag ums Leben. Das Attentat, das die Hutu der RPA ankreideten, löste den Beginn des genozidalen Massenmords der ruandischen Hutu-Extremisten an den Tutsi von 1994 aus. Onana und weitere kritische Beobachter und Kenner des Geschehens gehen davon aus, dass es auch tatsächlich die RPA war, welche das Attentat verübte. Demzufolge hätte der Kommandostab der RPA (Tutsi) seine eigene Ethnie (Tutsi) absichtlich ans Messer der Hutu-Extremisten geliefert, um sich der Nachwelt als hehrer «Befreier vor dem Völkermord» der Hutu an den Tutsi präsentieren zu können. Dass die RPA vorher und nachher selbst genozidähnliche Massenmorde an der ruandischen Hutubevölkerung durchführte, soll durch eine ähnliche Propagandastrategie vertuscht werden, die auch die wahren Ursprünge des Palästina-Problems vernebelt: Die Täter wenden zynisch die Tragödie ihres Volkes dazu, ihre eigenen Verbrechen zu decken. Die Täter gerieren sich als Opfer. Was den Kongo angeht, so sprechen seriöse Untersuchungen eine klare Sprache (siehe Literaturangaben in Anmerkung 2).

¹ Frühere Veröffentlichungen in *Zeit-Fragen* zum Thema Dauerkrieg im Kongo/Ostkongo: *Der post-mobutistische Kongo. Die USA setzen auf die ruandische Karte*, *Zeit-Fragen* Nr. 3 vom 30.1.2018; *Fragwürdige Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo*, *Zeit-Fragen* Nr. 5 vom 26.2.2019; *Den Schlagen standgehalten – Die Autobiographie des kongolesischen Historikers Stanislas Bucyalimwe Mararo ist ein Vermächtnis*. Sonderbeilage Kongo, *Zeit-Fragen* Nr. 19 vom 8.9.2020; *Nach den Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo. Eine Auslegeordnung*, *Zeit-Fragen* Nr. 4 vom 20.2.2024; *Ostkongo – die humanitäre Langzeitkatastrophe hält an (Teil I)*. *Der Dauerkrieg richtet sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung*, *Zeit-Fragen* Nr. 7 vom 3.4.2024.

² Historisch korrigierende Studien zum Thema: Ruzibiza, Abdul Joshua (von anonymen Täterschaft nach Veröffentlichung ermordet). *Rwanda. L'histoire secrète*, Paris (Editions du Panama) 2005; «Report Mapping», Uno-Bericht über die Kriegsverbrechen, begangen im Ostkongo, abrufbar (engl. u. frz. Version) auf *UN-Office of the High Commissioner for Human Rights. Democratic Republic of the Congo, Mapping Exercise 2010*; Bucyalimwe Mararo, Stanislas. *Nord-Kivu (RDC). Vingt-quatre ans des tueries programmées* (mars 1993 – mars 2017), Saint-Denis (Edilivre) 2018; Rever, Judi: *In praise of blood. The crimes of the Rwandan Patriotic Front*, (Vintage Canada) 2020 (reprint), ISBN 978-0345812100; Onana, Charles. *Holocauste au Congo. L'omertà de la communauté internationale*, Paris (Editions de l'Artilleur) 2023, ISBN 978-2-81001-145-2

³ Im Winter 2001/2002 besuchte der Verfasser mit engen Mitarbeitern von Selbsthilfeorganisationen aus dem Ostkongo, die auf Einladung des Vereins *Pour la Paix et l'Entente en Afrique* in der Schweiz weilten, sowohl die Ausland-Redaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» als auch das Departement für Äussere Angelegenheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft sowie eine hochgestellte Funktionärin im Bereich Afrika im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland in Berlin. In der Redaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» herrschte beklemmendes Unwissen über die wahre Situation im Ostkongo, in Bern verwies man auf die Zuständigkeit des Roten Kreuzes und international bindende Vereinbarungen. In Berlin aber sagte man uns wörtlich und mit der naiven Unverblümtheit derer, die sich im Recht wähnen: «Wissen Sie, Herr Kagame gehört zu den engeren Freunden Deutschlands in Afrika, wir tun alles, um ihn zu unterstützen.»

Menschsein heisst füreinander da sein

von Eliane Perret

Zum Glück gibt es noch Bücher, die einladen, sich Gedanken zu einem bestimmten Thema zu machen. Eines davon ist ein Bilderbuch der Autorin Louise Spilsbury mit Illustrationen von Hanane Kai mit dem vielsagenden Titel «Wir sind füreinander da»¹. Es beginnt mit: «Die meisten Menschen auf der Welt sind freundlich und fair. Sie behandeln andere mit Respekt und versuchen, immer das Richtige zu tun.» Man stutzt angesichts der heutigen Weltlage, doch eben – die Gedanken beginnen zu kreisen.

In Bild und Text kommt erfrischend und mit einer wohlthuenden Selbstverständlichkeit die Rolle der Eltern (und Erziehenden im grösseren pädagogischen Umfeld) als anleitende Beziehungspersonen zum Ausdruck. Es geht um Regeln, die uns helfen, gute Entscheidungen zu treffen, als Grundlage eines würdigen Miteinanders. Was hier zum engeren persönlichen Umfeld jedes Menschen angesprochen ist, gilt auch für das Zusammenleben im grösseren gesellschaftlichen Kontext. Es lohnt sich, die zu diesem Kontext vorliegenden Forschungsergebnisse zu reflektieren.

Darf ich das überhaupt?

Ein Kind in die Welt einzuführen, ist eine grosse und anspruchsvolle Aufgabe. Das ist den meisten Eltern bewusst, und sie möchten auf keinen Fall Fehler machen. Oft relativieren sie aus einer selbstkritischen Gefühlslage heraus berechnete Überlegungen, die bei Abmachungen und Regeln mit ihren Kindern leitend waren. Falsche (oder falsch verstandene) Theorien nehmen heute in den Medien und in der Ratgeberliteratur viel Raum ein und lassen interessierte Eltern mit ihren drängenden Fragen im Stich. Eine junge Mutter mit zwei herrlichen kleinen Mädchen äusserte kürzlich mir gegenüber: «Manchmal bin ich sehr unsicher. Wenn ich mit meinen Kleinen unseren Einkauf fürs Mittagessen mache und ihnen sage, dass wir die von ihnen gewünschten Süßigkeiten nicht kaufen, oder wenn ich bestimme, wann wir vom Spielplatz nach Hause gehen, dann werde ich seltsam angeschaut. Ist das ein Übergriff, wenn ich meinem Kind einen Wunsch versage? Darf ich mich überhaupt in Gegensatz zu den Wünschen meiner Kinder stellen?»

Gemeinsame Werte als Grundlage

Unser Zusammenleben beruht wesentlich auf einem Wertekonsens, der das Fundament der Gesellschaft bildet. Werte sind emotional verankerte Einstellungen und Grundlage einer verantwortungsbewussten Lebensführung. Den Grundstein für ein solches Wertebewusstsein legen wir im täglichen Zusammenleben mit unseren Kindern und Jugendlichen, indem wir ihnen vorleben, was uns Werte bedeuten und wie wir unser Handeln danach ausrichten. Sie wurden über lange Zeiträume – eingebettet in die christlich-abendländische Kultur – in den Regeln und Gesetzen des eigenen Landes und in den ethischen Haltungen der Familie und dem Umfeld verankert. Aufbauend auf einer naturrechtlich-personalen Tradition bildeten sie als Wertekonsens das Fundament unserer Gesellschaft und spiegeln sich heute noch in unserer Kultur und unseren nationalen und internationalen Rechtssystemen. Dazu gehören Gerechtigkeitssinn, Friedfertigkeit, Besonnenheit, Mut, Redlichkeit, Achtung vor den Mitmenschen, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Das gab vor allem früheren Elterngenerationen eine innere Orientierung für ihre Erziehungsaufgabe – unentbehrlich, wenn die heranwachsende Generation sich für ein gleichwertiges, friedvolles Zusammenleben einsetzen soll und sich dagegen verwehrt, sich und die Mitmenschen für Kriege oder als Werkzeug für übergeordnete ökonomische Ziele instrumentalisieren zu lassen. Ein Blick in die Welt zeigt, wie drängend das ist. Leider sind solche Werte heute nicht mehr selbstverständlich, denn dieses ethische Fundament unserer Gesellschaft wird seit längerem von verschiedenen Seiten in Frage gestellt.

Ein Wertebruch mit Folgen

Um diese Entwicklung zu verstehen, braucht es wie so oft den Blick in die Geschichte. In unserem Zusammenhang ist die 68er Bewegung wichtig, weil durch sie ein deutlicher Bruch unserer Wertvorstellungen erfolgte. Zu Recht wurden damals auf einem falschen



Das Gemälde des Schweizer Malers Giovanni Giacometti (1868–1933) «Die Lampe» ist ein Sinnbild dafür, wie ein Kind sich in einem vertrauten familiären Umfeld durch wohlwollende Anleitung zum Mitmenschen entwickeln kann. (Bild Wikimedia Commons)

Menschenbild beruhende demütigende oder von verbaler oder körperlicher Gewalt geprägte autoritäre Erziehungspraktiken kritisiert. Man meinte, das Kind zum Guten zwingen zu müssen. So verloren diese aber ihr Vertrauen in ihre Mitmenschen, fühlten sich in Feindsland und konnten kein Selbstvertrauen und keine echte Verbundenheit mit ihren Mitmenschen entwickeln. Die von der 68er Bewegung propagierte antipädagogische Gegenreaktion verurteilte Erziehung grundsätzlich als «Verbrechen am Kind». Sie schob es dem Kind zu, seinen Weg in die Welt alleine zu finden. Das war eine Verweigerung erzieherischer Verantwortung und widersprach mit der Negierung bisheriger gesellschaftlicher Wertgrundlagen jedem pädagogischen Ethos. Denn pädagogisch begründete Autorität ist frei von Willkür und Gewalt und achtet die menschliche Würde. Die wohlwollende Anleitung zu einer würdigen Beziehungsgestaltung hilft dem Kind, eine innere Wertordnung und Lebensorientierung zu finden, und der Weg wird frei zur Entwicklung einer eigenständigen, beziehungsfähigen und verantwortungsbereiten Persönlichkeit. Ohne das laufen Kinder Gefahr, der Fiktion des schnellen Erfolgs nachzulaufen und dabei die Mitmenschen für eigennützige Ziele einzuspannen.

Das menschliche Miteinander erodieren lassen

Diese gesellschaftliche Entwicklung riss in vielen Familien – und nicht nur da – einen Graben zwischen den Generationen auf. Sie verband sich mit neoliberalen Strategien gesellschaftlicher Veränderung. Ein schleicher Prozess des Wertezwangs und Wertelativismus in unseren westlichen Gesellschaftssystemen wurde eingeleitet, durch den das menschliche Miteinander erodiert. Ständig zunehmend soll das Zusammenleben der Völker ökonomischen Zielsetzungen unterworfen werden. Diese Ideologien und Strategien wirken sich auch auf die Erziehungstheorien unserer heutigen Zeit aus. Die Tradierung grundlegender menschlicher und demokratischer Werthaltungen ist brüchig geworden und verunsichert viele Eltern in ihrer erzieherischen Haltung. Als Folge dieser Entwicklungen leben wir zunehmend in einer Gesellschaft, in der die Menschen vereinzelt sind und die Beziehungen untereinander verkümmern. Unsere Jugend ist davon besonders betroffen. Viele Kinder sind weder in der Familie noch in der Schule noch im weiteren gesellschaftlichen Umfeld beziehungsmässig eingebettet und gehalten. Sie fühlen sich oft leer und nicht gebraucht. Innere Langeweile bestimmt ihr Leben; es fehlt ihnen an Lebenssinn. Dabei würde die menschliche Natur eine andere Entwicklung begünstigen und erfordern. Diese Beziehungslosigkeit und die daraus erwachsenden persönlichen Probleme sind exakt der Nährboden für die Ausbreitung von Gewalt, entsteht sie doch vor allem dort, wo Gemeinschaften und zwischenmenschliche Beziehungen zerfallen. Es wächst eine geschichtslose

und entwurzelte Generation heran, der jede Einsicht in wesentliche Lebenszusammenhänge fremd ist und die gegen die Selbstverständlichkeiten des Lebens rebelliert, ein übersteigertes Gefühl der eigenen Bedeutung entwickelt und anfällig ist für Verführung und politischen Totalitarismus jeder Art als kurzschlüssigen, sozialen Lösungsversuch eines Missbehagens. Dieses äussert sich nicht selten in einem tiefstehenden Groll gegen die Menschen, einem Hader mit dem Von-allem-im-Stich-gelassen-Sein, welcher den Boden für viele Gewaltphantasien bildet, die die heutige Unterhaltungsindustrie nur allzu oft anbietet.

Der Mensch, ein ultrasoziales Wesen

Um das zu vermeiden und um zu verstehen, was Kinder von uns Erwachsenen brauchen, könnten wir heute auf viele sorgfältig erbrachte Befunde der Entwicklungspsychologie, speziell der Bindungsforschung zurückgreifen. Sie bestätigen die Errungenschaften vorangegangener humanwissenschaftlicher Forschung: Der Mensch ist ein ultrasoziales Wesen und kann nur überleben und sein Leben würdig ausgestalten in Kooperation mit seinen Mitmenschen. Bereits bei Geburt sind Kinder dafür prädestiniert. Zwar ist das Neugeborene eine «biologische Frühgeburt», wie der Schweizer Biologe und Anthropologe Adolf Portmann es umschrieb, und würde ohne liebende Pflege nicht überleben. Aber schon das Neugeborene bringt einiges mit auf die Welt, um von sich aus Kontakt mit seiner Mutter aufzunehmen und zu erwidern. So sind seine Sinnesorgane schon so weit entwickelt, dass der Säugling im sogenannten «Dialogabstand» das Gesicht seiner Mutter beim Stillen oder Füttern scharf sehen kann, genauso wie es deren Stimme und Geruch erkennt und mit seinen überdurchschnittlich häufigen Hautrezeptoren auf Lippen und Zunge fürs Saugen und Schlucken vorbereitet ist (und dabei sein Feinwerkzeug für die spätere Sprachmotorik formt). Im Laufe seiner frühesten Entwicklung sucht es spontan den Kontakt mit seinen Eltern und ihre emotionale Zuwendung und Bejahung und beginnt, sich an ihnen zu orientieren. Schon beim drei Monate alten Säugling ist ein Gefühl des «wir» zu beobachten. Mit neun Monaten machen Kinder typischerweise einen grossen Entwicklungsschritt – der Evolutionsanthropologe Michael Tomasello spricht von der «Neunmonats-Revolution» – und richten ihre Aufmerksamkeit auf eine andere Person oder einen anderen Gegenstand aus. Daraus entsteht im Alter von neun bis zwölf Monaten das Phänomen der «geteilten Aufmerksamkeit». Kinder machen zum Beispiel durch Zeigen (als Vorform von Sprache) ihre Eltern auf Gegenstände aufmerksam, weil sie deren Handlungsziel erkannt haben. In dieser urmenschlichen Anlage ist zugleich die Möglichkeit begründet, eine von Kooperationsfähigkeit, Mitgefühl und sozialer Verantwortung getragene Lebenshaltung zu entwickeln, bei welcher der Einzelne die Aufgaben des Lebens zum eigenen und zum Wohle anderer zu lösen weiss.

Zu Mitmenschlichkeit und Kooperation erziehen

Auch die Erziehungsstilforschung gibt heutigen Eltern glücklicherweise wissenschaftlich fundierte Forschungsergebnisse an die Hand. Zum Beispiel leistete die vor wenigen Jahren verstorbene amerikanische Entwicklungspsychologin Diana Baumrind einen bedeutsamen Beitrag zur Frage eines geeigneten Erziehungsstils und ergänzte und bestätigte, was Alfred Adler, der Begründer der Individualpsychologie, in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts gefordert hatte. Sie kam zum Schluss, dass Kinder mit einem autoritativen – nicht zu verwechseln mit dem autoritären – Erziehungsstil am besten für eine gelingende Lebensgestaltung vorbereitet werden und Mitmenschlichkeit und Kooperationsfähigkeit entwickeln.

Wertschätzend, warmherzig die Aktivität und Unabhängigkeit fördern

Baumrind hielt zwei wichtige Faktoren für die Erziehenden fest: Zum einen sollten sie altersgemässe Forderungen an ihre Kinder stellen und auf diese Weise ihre Aktivität und Unabhängigkeitsstreben fördern, sie jedoch im Auge haben und ihnen, wenn nötig, korrigierend beistehen, jedoch auf Machtdemonstration und Zwang verzichten. Indem sie ihre Werthaltungen vorleben, sind sie auch ein Modell, mit dem die Kinder sich identifizieren können. Sie ermutigen sie, ihre Meinung zu äussern, und bieten ihnen Reibungsfläche bei unterschiedlichen Vorstellungen, so dass die Heranwachsenden ihre Werthaltungen klären und als gefühlsmässige Erfahrung in ihre Lebensorientierung integrieren können. Gleichzeitig sind solche Eltern auch fürsorglich, warmherzig, wertschätzend, feinfühlig und unterstützend und gehen im Gespräch geistig anregend auf die Kinder ein.

Zugegeben, diese Anforderungen an die Erziehenden sind hoch und fordern sie in ihrer Persönlichkeit. Doch die Kinder mit dieser inneren Haltung in die Welt einzuführen, lohnt sich. Die Untersuchungen von Diana Baumrind zeigen, dass autoritativ erzogene Kinder schon im Vorschulalter hilfsbereit und kooperativ sind und fähig sind, Konflikte sowohl gerecht als auch mitfühlend zu lösen, und sich auch gegen Ungerechtigkeiten wehren. Als Jugendliche neigen solche Kinder weniger zu Risikoverhalten wie Drogenkonsum und Delinquenz, sind leistungsbereit und prosozial eingestellt und übernehmen gerne altersgemässe Aufgaben im gesellschaftlichen Zusammenleben.

Nicht nur für Kinder

Dieses Wissen steht uns also zur Verfügung, wenn wir unsere Kinder und Jugendlichen stark machen wollen und ihnen jene Werte vermitteln, welche ihre Entwicklung zu einer beziehungsfähigen Persönlichkeit möglich macht. Dieses Wissen um den Menschen muss Allgemeingut werden. Es gibt uns darüber hinaus auch Hinweise für eine Analyse aktueller Probleme, nicht nur bei der Erziehung unserer Heranwachsenden. Wenn wir betroffen sind von den Ereignissen, die heute unsere Welt erschüttern, so stellt sich uns zwingend die Frage nach der Wertorientierung von Politikern und Verantwortungsträgern, die das ihnen geschenkte Vertrauen missbrauchen, Unrechtssysteme unterstützen und die Welt in Krieg und Elend stürzen. Fehlgeleitet durch Ideologien und Machtgier nutzen sie ihre Position für den eigenen Vorteil ohne Rücksicht oder Empfinden für das, was sie anrichten. Sie sollten den Mut haben, ehrlich hinzuschauen, was sie anrichten, und sich die Frage nach den eigenen Werten stellen. •

¹ Spilsbury, Louise; Kai, Hanane. *Wir sind füreinander da*. Gabriel-Verlag 2021

Zum Weiterlesen und Weiterdenken:

Buchholz, Annemarie. «Der Beitrag von Psychologie und Pädagogik zur naturrechtlichen Auffassung vom Menschen». In: *Mut zur Ethik: Schutz der Familie und der heranwachsenden Jugend*. II. Kongress 1994, S. 811–815

Buchholz, Annemarie. «Personale Psychologie – Der Beitrag von Psychologie und Pädagogik zur Menschenwürde». In: *Mut zur Ethik: Die Würde des Menschen*. V. Kongress 1997, S. 82–89

Burger, Alfred; Perret, Eliane. *Jugend und Gewalt. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen Erziehung*. Verlag Zeit-Fragen 2011